

JAHRESBERICHT 2009



Liebe Leserinnen und Leser,

die neue Ausgabe des Jahresberichts des Statistischen Bundesamtes informiert über Arbeitsschwerpunkte und besondere Ereignisse rund um die amtliche Statistik im Jahr 2009. Vielfältige Aufgaben und Herausforderungen haben diesen Zeitraum geprägt.

Zunächst galt es, mit der Europa- und der Bundestagswahl ein Doppelwahljahr in meiner Verantwortung als Bundeswahlleiter vorzubereiten und durchzuführen. Ein weiteres Großprojekt bleibt der registergestützte Zensus 2011, der in der Bundesrepublik Deutschland auf der Grundlage des im Juli 2009 in Kraft getretenen Zensusgesetzes 2011 umfassend geplant und organisiert werden muss.

Im Rahmen des Regierungsprogramms „Bürokratieabbau und bessere Rechtsetzung“ hat das Statistische Bundesamt eine neue Version der Datenbank mit Ergebnissen der Bürokratiekostenmessung (WebSKM) entwickelt und nun auch erste Resultate der Aufwandsmessung, die die Bürgerinnen und Bürger betreffen, zugänglich gemacht. Komplett überarbeitet und noch nutzerfreundlicher wurde unser Informationssystem GENESIS-Online.

Der Statistische Beirat hat sich auf seiner Jahrestagung 2009 mit Empfehlungen zur Weiterentwicklung der Bundesstatistik befasst. In der Diskussion wurden der rechtliche Rahmen, effiziente Prozesse, Qualität und Methodik sowie neue Informationsbedarfe als Handlungsfelder benannt, die die amtliche Statistik in den kommenden Jahren mit Nachdruck verfolgen sollte.

Ein wichtiges Thema auf europäischer Ebene war die im Frühjahr 2009 in Kraft getretene neue „Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über Europäische Statistiken“. Ihre Auswirkungen auf die amtliche Statistik in Deutschland haben uns besonders beschäftigt.

Zu den Höhepunkten im Jahresrückblick gehörten außerdem der Festakt und der „Tag der offenen Tür“ im Juni 2009, mit denen das sanierte Hauptgebäude in Wiesbaden offiziell eingeweiht wurde. Zudem haben die Zweigstelle Bonn und unsere Serviceeinrichtung i-Punkt Berlin ihr zehnjähriges Bestehen feiern können.

Ich wünsche Ihnen eine aufschlussreiche und kurzweilige Lektüre.

Ihr



Roderich Egeler
Präsident des Statistischen Bundesamtes



Inhalt

01

INFORMATIONEN- UND SERVICEANGEBOTE

- 07 Pressearbeit
- 10 Internetbasierte Angebote
- 12 Publikationen
- 13 Internationale Statistik
- 14 Gerhard-Fürst-Preis
- 15 Angebote für die Wissenschaft
- 16 Messung von Bürokratiekosten
- 19 Gesundheitsbericht-erstattung

02

IM FOKUS

- 21 Europa- und Bundestagswahl
- 24 Jubiläen in Bonn und Berlin
- 29 Festakt und „Tag der offenen Tür“

03

NEUE ENTWICKLUNGEN IN DER AMTLICHEN STATISTIK

- 31 Zensus 2011
- 33 Empfehlungen des Statistischen Beirats
- 35 Interview mit Abteilungsleiterin Sibylle v. Oppeln-Bronikowski
- 39 Reformpaket Staatsfinanzen
- 40 Finanzmarktkrise und EU-Stabilitätspakt
- 42 Nutzung von Mikrodaten (Projekt infinitE)
- 44 Geschäftstypengewichtung beim Verbraucherpreisindex
- 45 Workshop „Regionale Preisindizes“
- 47 Datenbank Tarifverdienststatistik
- 48 Automatisierte Sachbearbeitung im Außenhandel

04

EUROPÄISCHE / INTERNATIONALE ZUSAMMENARBEIT

- 51 Neue europäische Statistikverordnung
- 54 Interview mit Johann Hahlen, Staatssekretär a. D.
- 58 Internationale Tagungen
- 60 Kooperationsprojekte
- 62 ESSnet-Projekt
- 63 Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise
- 64 Datenaustausch nach internationalen Standards
- 65 Spiegelvergleiche in der Intra-handelsstatistik
- 67 Neues Handbuch für europäische Preisstatistik

05

AUS DEN FACHSTATISTIKEN

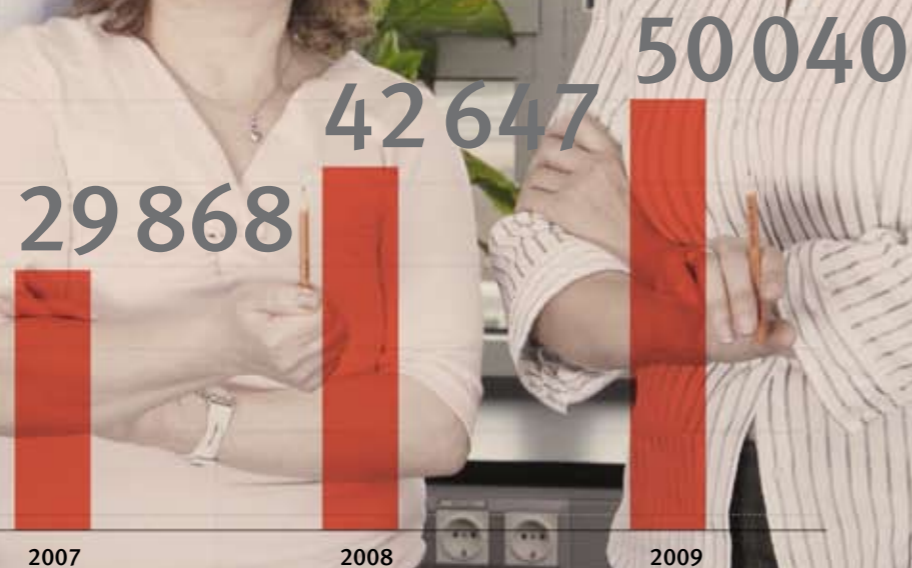
- 69 Kinderlosigkeit in Deutschland
- 72 Erweitertes Datenangebot der Vermögensrechnung
- 74 Erwerbsformen und Einkommenssituation Erwerbstätiger
- 77 Armutsgefährdung in den Bundesländern
- 79 Verdienstunterschiede und Niedriglohn
- 80 Indizes und Messzahlen auf neuer Basis
- 81 Kohärente Daten zum Arbeitsmarkt
- 84 Wasser- und Abwasserentgelte
- 85 Auslandskontrollierte Unternehmen in Deutschland

06

PERSONAL UND HAUSHALT

- 87 Personalstruktur
- 89 Aus- und Fortbildung
- 90 Sozialberatung und Gesundheitsförderung
- 92 EFQM-Bewertung
- 93 Mitarbeiterbefragung
- 94 Innovationspreis
- 96 Gleichstellungsplan 2008-2011
- 97 Elektronischer Dienstausweis
- 99 Gesamtanierung
- 100 Haushalt
- 102 Leitung des Statistischen Bundesamtes

KUNDENANFRAGEN IN DEN LETZTEN DREI JAHREN



Informations- und Serviceangebote

Pressearbeit 2009: Intensiv und erfolgreich

Das Jahr 2009 stellte an die Pressearbeit des Statistischen Bundesamtes hohe Anforderungen: Neben dem Alltagsgeschäft aus Pressemitteilungen, Pressekonferenzen und journalistischem Auskunftsdienst waren auch die Europawahl im Juni und die Bundestagswahl im September pressemäßig zu bewältigen. Das lebhaftere Interesse der Öffentlichkeit äußerte sich vor allem in einer großen Zahl von Anfragen, in denen ein Interview mit dem Präsidenten des Statistischen Bundesamtes bzw. dem Bundeswahlleiter gewünscht wurde. Insgesamt 25-mal stand die Amtsleitung im Jahr 2009 Medienvertretern direkt Rede und Antwort, nicht gezählt die spontanen Interviews im Anschluss an Pressekonferenzen. Hinzu kam noch die Betreuung von Journalisten im Zusammenhang mit ausführlichen Reportagen über das Amt, die im Laufe des Jahres 2009 in der „Welt“ (Januar), der „Süddeutschen Zeitung“ (Mai), im „Wiesbadener Tagblatt“ (Ende Oktober, Anfang November) und in der „FAZ“ (Dezember) erschienen sind. Auch der Wiedereinzug in das sanierte Hauptgebäude des Statistischen Bundesamtes in Wiesbaden wurde für Presse und Öffentlichkeit dargestellt.

Etwa 550 Pressemitteilungen und mehr als 50 „Zahlen der Woche“ hat das Statistische Bundesamt im Jahr 2009 veröffentlicht und elf Pressekonferenzen und Pressegespräche, darunter zwei Pressekonferenzen des Bundeswahlleiters, veranstaltet. Der journalistische Auskunftsdienst war 2009 besonders gefragt: Insbesondere im Vorfeld der Bundestagswahl häuften sich die Anfragen und Interviewwünsche von Journalisten. Verglichen mit dem Medieninteresse bei früheren Wahlen stand der Bundeswahlleiter 2009 noch stärker im Fokus der Medien: Die Diskussionen um die Zulassung von Parteien und um die Vorabveröffentlichung von „Exit Poll“-Ergebnissen über das Medium „Twitter“ sind nur zwei Beispiele.

2009

Auch im statistischen „Normalgeschäft“ war das Jahr 2009 ein eher außergewöhnliches: Zu Themen wie Wirtschafts- und Finanzkrise, demografischer Wandel oder Bildung standen die Ergebnisse der amtlichen Statistik hoch im Kurs. Hier einige Highlights der Pressearbeit 2009 in chronologischer Reihenfolge:

JANUAR

Auf der traditionellen Pressekonferenz zum Bruttoinlandsprodukt wurde für das Jahr 2008 noch ein moderates Wirtschaftswachstum von 1,3% bekannt gegeben. Allerdings machte sich zum Jahresende 2008 die globale Wirtschaftskrise deutlich bemerkbar: Im vierten Quartal 2008 ging die deutsche Wirtschaftsleistung gegenüber dem dritten Quartal um 2,1% zurück. Das war der dritte Rückgang in Folge gegenüber dem Vorquartal und zugleich der größte Rückgang im Vorjahresvergleich seit der deutschen Vereinigung.

FEBRUAR

Besonders machte sich die Krise im Verarbeitenden Gewerbe bemerkbar: Das Statistische Bundesamt meldete in einer viel zitierten Pressemitteilung für Dezember 2008 einen realen Umsatzrückgang um 12,6% gegenüber Dezember 2007. Diese Entwicklung setzte sich weiter fort: im April 2009 betrug der Abstand zum entsprechenden Vorjahresmonat 23,2%.

MÄRZ

Die exportorientierte Wirtschaft Deutschlands ist vom Rückgang der globalen Nachfrage besonders betroffen: Im Januar 2009 lag der Wert der Warenexporte um fast 21% niedriger als im Januar 2008. Der Überschuss der Außenhandelsbilanz Deutschlands war im Januar 2009 nur noch halb so groß wie im Januar 2008.

APRIL

Die finanzielle Lage des deutschen Gesundheitswesens steht häufig in der öffentlichen Diskussion. In einer Pressemitteilung anlässlich des Weltgesundheitstages wurden die Gesamtausgaben für Gesundheit in Deutschland 2007 auf knapp 253 Milliarden Euro beziffert. Sie entsprachen damit 10,4% des Bruttoinlandsprodukts oder gut 3 070 Euro je Einwohner.

MAI

Schwerpunkt einer Pressekonferenz in Berlin waren neben der Verdienentwicklung die Arbeitskosten und die Lohnnebenkosten im europäischen Vergleich. Präsident Roderich Egeler wies darauf hin, dass im Jahr 2008 im Vergleich zum Vorjahr die Arbeitskosten in der Privatwirtschaft in Deutschland mit +2,5% nur moderat zugenommen haben. Bei den Lohnnebenkosten nahm Deutschland mit 32 Euro je 100 Euro Bruttoverdienst Rang 15 innerhalb der Europäischen Union ein. Die höchsten Lohnnebenkosten wies Frankreich mit 50 Euro je 100 Euro Bruttoverdienst auf.

JUNI

Die Wirtschaftskrise ging nicht mit Preissteigerungen für die Verbraucher einher. Im Mai 2009 waren die Preise im Durchschnitt genau so hoch wie ein Jahr zuvor, im Juli und September veröffentlichte das Statistische Bundesamt sogar negative Inflationsraten. Hauptursache war, dass die Heizöl- und Kraftstoffpreise im Vergleich zu den Rekordständen von 2008 wieder zurückgegangen waren. Aber auch Nahrungsmittel blieben preiswert.

JULI

Großes Medieninteresse rief die Pressekonferenz zur Kinderlosigkeit in Deutschland hervor. Präsident Roderich Egeler stellte neue Daten des Mikrozensus vor, nach denen im Jahr 2008 etwa 21% der 40- bis 44-jährigen Frauen keine Kinder zur Welt gebracht hatten. Unter den zehn Jahre älteren Frauen (Jahrgänge 1954 bis 1958) waren dagegen nur 16% und unter den zwanzig Jahre älteren (Jahrgänge 1944 bis 1948) nur 12% kinderlos geblieben.

AUGUST

Eine erste Bilanz der Auswirkungen der als konjunkturstützende Maßnahme eingeführten Umweltprämie (auch Abwrackprämie genannt) ergab, dass in den ersten fünf Monaten des Jahres 2009 besonders der Kraftfahrzeughandel von der Abwrackprämie profitiert hatte: Sein Umsatz nahm um 4,7% gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum zu. Die Zahl der Neuzulassungen in diesem Zeitraum lag um 22,8% über dem Vorjahreswert. Dagegen mussten die deutschen Hersteller von Kraftwagen und Kraftwagenteilen, aber auch die Reparaturwerkstätten zum Teil deutliche Umsatzrückgänge hinnehmen.

SEPTEMBER

Der September stand ganz im Zeichen der Bundestagswahl. Im Vorfeld der Wahl war der Präsident des Statistischen Bundesamtes als Bundeswahlleiter ein gefragter Interviewpartner – bei dpa, Financial Times Deutschland ebenso wie bei Focus oder Deutschlandfunk. Am 28. September 2009 um 3:35 Uhr konnte der Bundeswahlleiter das vorläufige amtliche Ergebnis der Wahl zum 17. Deutschen Bundestag bekannt geben.

OKTOBER

Auf einer Pressekonferenz in Berlin stellte das Statistische Bundesamt – wie jedes Jahr im Oktober – das neue Statistische Jahrbuch vor. Der Schwerpunkt lag in diesem Jahr auf dem Außenhandel, dem Konjunkturmotor der deutschen Wirtschaft, sowie auf Daten zu den wichtigsten Handelspartnern Deutschlands.

NOVEMBER

Wie wird sich die Bevölkerung Deutschlands bis 2060 entwickeln? Antwort auf diese Frage gab Präsident Roderich Egeler bei einer Pressekonferenz zur Vorstellung der Ergebnisse der 12. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung. 2060 werden in Deutschland voraussichtlich nur noch 65 bis 70 Millionen Menschen leben. Bereits in den beiden kommenden Jahrzehnten wird der Anteil älterer Menschen deutlich steigen. Im Jahr 2060 wird dann jeder Dritte mindestens 65 Jahre alt sein, jeder Siebente wird sogar 80 Jahre oder älter sein. Diese Informationen wurden in den folgenden Tagen in den Medien ausführlich kommentiert. Alle großen Fernsehsender brachten hierzu in den Hauptnachrichtensendungen längere Beiträge.

DEZEMBER

Die Hochschulstatistik stand im Mittelpunkt der letzten Pressekonferenz des Jahres 2009 – ein sehr aktuelles Thema, wie die Studentenproteste im November und Dezember zeigten. Dargestellt wurden unter anderem die Entwicklung der Zahl der Studienanfänger und der Stand der Umstellung des Erststudiums auf Bachelor-Studiengänge. Mit Interesse wurde auch aufgenommen, dass der Frauenanteil in höheren Stufen der akademischen Laufbahn seit 2000 deutlich gestiegen ist. Eher zu denken gab der Fakt, dass zwar etwa 68% der Studierenden ihr Studium erfolgreich beenden, aber immerhin ein knappes Drittel die Hochschulen ohne Abschluss verlässt.

Publikationen und Broschüren: ausgewählte Highlights



Alle neueren Publikationen des Statistischen Bundesamtes können online abgerufen werden. Die zusätzlich als Printveröffentlichungen vorliegenden Klassiker, wie das „Statistisches Jahrbuch“ oder die Monatszeitschrift „Wirtschaft und Statistik“, sowie ausgewählte Broschüren ergänzen das breite Angebot an Onlineveröffentlichungen des Hauses.

NEU ERSCHIENEN SIND IM JAHR 2009 UNTER ANDEREM:

„Deutschland – Land und Leute“. Kompakt, übersichtlich und informativ – so zeigt die erste Veröffentlichung in kleinem Format Deutschlands Vielfalt. Mit vielen Grafiken sowie Tabellen und kurzen Texten berichtet die Veröffentlichung über Land, Leute, Leben und Wirtschaft in Deutschland. Die klare Gestaltung und die dargestellten Themen aus dem Alltag haben vor allem ein Ziel: Den Wissensschatz der amtlichen Statistik für eine breite Leserschaft sichtbar und zugänglich zu machen.



Der aktuelle Band der Reihe „Im Blickpunkt“ widmet sich dem Thema „Jugend und Familie in Europa“ und gibt Einblick in die europäischen Bildungssysteme, die Situation jugendlicher auf dem Arbeitsmarkt und in ihre Lebenswelten. Auch die Situation junger Familien wird beleuchtet: Wie lassen sich Familie und Beruf vereinbaren? Wie ist die ökonomische Lage von Familien mit Kindern? Der Blick über die Landesgrenzen hinweg zeigt, wo Deutschlands Stärken und Schwächen liegen und welchen Herausforderungen sich die Europäische Union in Zukunft stellen muss.

In der Reihe „Auf einen Blick“ sind im Jahr 2009 zwei Broschüren erschienen. Im Fokus der Publikation „Energie auf einen Blick“ stehen Energieverbrauch, die Versorgungssicherheit sowie Kenngrößen zur Strom- und Gaswirtschaft in Deutschland. „Hochschulen auf einen Blick“, erneut ein Downloadhit, präsentiert Daten und Fakten zu Hochschulabsolventen und -absolventinnen, informiert über Personalstruktur der Hochschulen, Studienquoten und die beliebtesten Studienfächer. Statistische Kennzahlen für die Bundesländer ermöglichen es, die Hochschulsysteme der Länder hinsichtlich bestimmter Leistungsmerkmale miteinander zu vergleichen.

Internationale Statistik: Neues Onlineportal und Nutzerbefragung

Wie alt wird eine Argentinierin durchschnittlich? Welches Land hat weltweit die höchste Inflationsrate? Welcher Anteil der indonesischen Bevölkerung nutzt das Internet?

Zur Beantwortung solcher Fragen musste bislang häufig in mehreren Quellen recherchiert und viel Zeit investiert werden. Um die Suche nach auslandsstatistischen Daten zu vereinfachen, bietet das Statistische Bundesamt seit Herbst 2009 ein neues Onlineportal zur internationalen Statistik an. Mehr als 40 Schlüsselindikatoren für über 180 Staaten der Erde sind thematisch, nach Ländern und nach den internationalen Organisationen, von denen sie stammen, gegliedert. Definitionen für alle Indikatoren und eine umfangreiche Sammlung von Links zu nationalen, inter- und supranationalen statistischen Institutionen ergänzen das Angebot und schaffen eine gute Ausgangsbasis für weitere Recherchen.

Zusätzlich wird auf wichtige Veröffentlichungen internationaler Institutionen, wie der Weltbank, des Internationalen Währungsfonds oder der Weltgesundheitsorganisation, und auf neue Datenbanken oder interessante aktuelle Statistiken hingewiesen. Für die G20-Staaten werden detaillierte statistische Länderprofile zum Download angeboten.

Der EDS Europäische Datenservice ist als Servicestelle des Statistischen Bundesamtes bei Fragen zu Daten des Statistischen Amtes der Europäischen Gemeinschaften behilflich. Ein unabhängiges Institut, die forsa Gesellschaft für Sozialforschung und statistische Analysen mbH, hat im Sommer eine Umfrage durchgeführt, um die Kundenzufriedenheit mit der Serviceeinrichtung zu ermitteln. Die Ergebnisse bestätigen eindrucksvoll, dass der Beratungsservice von den Nutzern geschätzt wird:

Über 90% der Befragten waren mit dem Fachwissen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und der Verständlichkeit der Antworten auf ihre Fragen zufrieden – über 65% sogar sehr bzw. außerordentlich zufrieden. Auch die Bedeutung einer deutschsprachigen Beratung zur Statistik der Europäischen Union wurde hervorgehoben: Für 69% der Befragten war dieser Aspekt wichtig.

EDS Serviceprofil

- › **Zweisprachige Nutzerberatung**
 - › telefonisch und schriftlich
 - › Datensuche, Methodik, Datenverifikation
- › **Zweisprachiges Webportal**
 - › tägliche Aktualisierung
- › **Öffentlichkeitsarbeit**
 - › Präsentationen, Messen, Schulungen, Veröffentlichungen



Von links nach rechts
 Dr. Nils Fröhlich: Preisträger
 Kategorie Dissertationen,
 Fabian Spanhel: Preisträger
 Kategorie Diplom-/Magister-
 arbeiten, Dr. Wolf Dieter
 Heinbach: Preisträger Kategorie
 Dissertationen.

Gerhard-Fürst-Preis 2009 des Statistischen Bundesamtes

Mit dem im Jahr 2009 zum elften Mal verliehenen Gerhard-Fürst-Preis wurde in der Kategorie „Diplom-/Magisterarbeiten“ eine Diplomarbeit zum Thema „Der Einfluss der Körpergröße auf Lohnhöhe und Berufswahl: Aktueller Forschungsstand und neue Ergebnisse auf Basis des Mikrozensus“ ausgezeichnet. Zwei weitere Arbeiten in der Kategorie „Dissertationen“ wurden mit einem Förderpreis für wissenschaftliche Nachwuchskräfte prämiert: Sie behandelten die Themen „Zur Aktualität der Arbeitswerttheorie. Theoretische und empirische Aspekte“ und „Tarifbindung, Lohnstruktur und tarifvertragliche Flexibilisierungspotenziale“.

Mit dem Gerhard-Fürst-Preis werden jährlich herausragende wissenschaftliche Arbeiten ausgezeichnet, die entweder ein theoretisches Thema mit einem engen Bezug zum Aufgabenspektrum der amtlichen Statistik behandeln oder eine empirische Fragestellung unter intensiver Nutzung von Daten der amtlichen Statistik untersuchen.

Das Statistische Bundesamt nimmt die Auszeichnungen auf Empfehlung eines unabhängigen Gutachtergremiums unter Vorsitz von Herrn Professor Dr. Brachinger vor. Die jährliche Auslobung des Gerhard-Fürst-Preises trägt dazu bei, die Arbeit der amtlichen Statistik noch stärker als bisher mit den Hochschulen zu verbinden. Zugleich soll der Preis junge Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler ermutigen, das vielfältige Datenangebot der amtlichen Statistik für ihre empirischen Forschungen zu nutzen.

Den äußeren Rahmen für die Verleihung des Gerhard-Fürst-Preises bildete das 18. Wissenschaftliche Kolloquium zum Thema „Informationsvisualisierung – Grafische Aufbereitung und Analyse von statistischen Daten“, welches das Statistische Bundesamt gemeinsam mit der Deutschen Statistischen Gesellschaft am 19. und 20. November 2009 in Wiesbaden veranstaltet hat.

Weitere Informationen zum Gerhard-Fürst-Preis finden Sie unter der Rubrik „Wissenschaftsforum“ im Internetangebot des Statistischen Bundesamtes (www.destatis.de).

Neue Datenangebote für die Wissenschaft

Das Forschungsdatenzentrum des Statistischen Bundesamtes ermöglicht der Wissenschaft einen geregelten Zugang zu amtlichen Mikrodaten. Im Jahr 2009 wurde das an den Nutzeranforderungen ausgerichtete Datenangebot erneut ausgebaut. Zwei neue Scientific-Use-Files erlauben Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern Analysen am eigenen Arbeitsplatz: Mit dem Scientific-Use-File der Verdienststrukturerhebung 2006 können in Verbindung mit dem 2007 herausgegebenen Scientific-Use-File der Gehalts- und Lohnstrukturerhebung 2001 nun auch Analysen im Zeitverlauf realisiert werden. Beides sind sogenannte Linked Employer-Employee-Datensätze, das heißt die Angaben zu den Beschäftigten lassen sich mit den Merkmalen des Betriebes verknüpfen.

Erstmals werden der Wissenschaft auch Daten der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) als Scientific-Use-File zur Analyse angeboten. Bei diesem Mikrodatenfile handelt es sich um eine 70%-Substichprobe von Versicherten der gesetzlichen Krankenversicherung zur ambulanten Inanspruchnahme des Gesundheitssystems im Berichtsjahr 2002. Für die Lehre an Hochschulen können die Daten der gesetzlichen Krankenversicherung des Jahres 2002 zudem auch als Campus-File kostenfrei erworben werden. Gemeinsam mit Kooperationspartnern wurde ein Projekt durchgeführt, mit dem das Datenangebot für die Wissenschaft um wirtschaftsstatistische Paneldaten (FAWE-Panel) erweitert werden soll. Hierbei standen vor allem die Möglichkeiten der faktischen Anonymisierung solcher Paneldaten im Vordergrund.

Auch im Jahr 2009 war das Statistische Bundesamt mit der Ringvorlesung „Wirtschaftsstatistik. Datenproduktion und -analyse in der amtlichen Statistik“ an verschiedenen Hochschulen vertreten. Die Ringvorlesung zielt darauf ab, der amtlichen Statistik einen größeren Stellenwert in der universitären Ausbildung einzuräumen. Den Studierenden wird sowohl ein Einblick in die methodische Arbeit der amtlichen Statistik gegeben als auch das Potenzial von Daten der amtlichen Statistik vorgestellt.

Produkte des Forschungsdatenzentrums
 Nachfrage 2009

Gastwissenschaftlerarbeitsplatz

12

Kontrollierte Datenfernverarbeitung

37

Scientific-Use-File (Off-Site)

68

Public-Use-File (Off-Site)

4

Entwicklung von Bürokratiekosten transparent und überprüfbar im Internet

Bürokratiekostenentwicklung
Die Bürokratiekosten aus Informationspflichten sollen bis 2011 um 25 % gegenüber 2006 reduziert werden. 2009 wurde die Hälfte dieses Ziels erreicht.

Auch die jetzige Bundesregierung will verstärkt Bürokratie abbauen: Sie hat die bestehende Verpflichtung bekräftigt, die gemessenen Kosten aus bundesrechtlichen Informationspflichten der Wirtschaft bis 2011 im Vergleich zu 2006 um netto 25 % zu reduzieren. Zudem sollen die gesetzlichen Verpflichtungen von Bürgerinnen und Bürgern vereinfacht werden. Den Auf- und Abbau von Bürokratielasten aus Regelungsvorhaben überwacht der Nationale Normenkontrollrat.

Schon mehrere Jahre unterstützt das Statistische Bundesamt im Auftrag der Bundesregierung den Bürokratieabbau, indem es bei der Anwendung des europäisch einheitlichen Standardkosten-Modells berät und Messungen von Bürokratiekosten durchführt. Neben den Bürokratiekosten von bereits bestehenden Gesetzen und Verordnungen werden auch die Belastungswirkungen von Gesetzesänderungen geschätzt und der aktuelle Stand der Bürokratiekosten dokumentiert.

Seit Mai 2009 steht eine Datenbank „WebSKM“ mit allen erfassten Informationspflichten aus bundesrechtlichen Regelungen, die die Wirtschaft und die Bürgerinnen und Bürger betreffen, auch der Öffentlichkeit online zur Verfügung. Damit wird Bürokratieabbau transparent und für alle nachprüfbar. Interessierte können Kosten und Zeitaufwand von bürokratischen Pflichten und deren Häufigkeit recherchieren und die Entwicklung über die Jahre hinweg verfolgen. Unabhängigen Fachinstitutionen und den betroffenen Bundesressorts stehen umfangreiche Auswertungsmöglichkeiten zur Verfügung. Die Prozesse der Online-datenbank werden laufend verbessert und die Funktionen schrittweise erweitert. WebSKM soll die Datengrundlage für eine Weiterentwicklung des Rechtsbestandes werden und die Zusammenarbeit zwischen Bundesministerien und Normenkontrollrat vereinfachen.

Gemeinsam mit der Bundesregierung, dem Normenkontrollrat, mehreren Bundesländern und Kommunen führte das Statistische Bundesamt im vergangenen Jahr zusätzlich drei großangelegte Studien durch. Unter dem Motto „Einfacher zu ...“ wurden die Antragsverfahren zu Wohngeld, Elterngeld und Ausbildungsförderung nach dem BAföG mit der Methode des Standardkosten-Modells untersucht. Über 1500 betroffene Bürgerinnen und Bürger wurden zu ihrem Aufwand bei der Antragstellung befragt und parallel in über 30 Ämtern und Studentenwerken auch der Bearbeitungsaufwand ermittelt. Ergebnisse und Verbesserungsvorschläge werden jetzt von den zuständigen Ressorts geprüft und fließen in die Weiterentwicklung der gesetzlichen Regelungen ein.



www.gbe-bund.de
2009 war die Gesundheits-
berichterstattung GBE genau
zehn Jahre online.



Onlinerecherche von Gesundheitsdaten noch komfortabler

Das Informationssystem der Gesundheitsberichterstattung des Bundes (IS-GBE) führt unter www.gbe-bund.de gesundheitsbezogene Daten aus allen Bereichen für den Bund zentral zusammen. Derzeit umfasst die Onlinedatenbank rund eine Milliarde Zahlen und Kennziffern aus über 100 verschiedenen Quellen, darunter viele Statistiken der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder, aber auch Daten zahlreicher weiterer Institutionen aus dem Gesundheitsbereich. Außerdem gibt das Informationssystem Auskunft über Definitionen, Methoden und Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner.

Seit Herbst 2009 ist die Onlinerecherche von Gesundheitsdaten noch nutzerfreundlicher geworden: Die Website des Informationssystems der Gesundheitsberichterstattung des Bundes wurde optisch, technisch sowie inhaltlich modernisiert und wird nun den vielfältigen Ansprüchen der zahlreichen Nutzerinnen und Nutzer noch besser gerecht.

Mit einem neuen Design und dem dreispaltigen Aufbau der Startseite bietet das IS-GBE eine übersichtliche Gliederung der verschiedenen Suchfunktionen, die eine Recherche nach Stichworten, nach Themenbereichen oder die gezielte Ermittlung von Kennziffern aus bestimmten Datenquellen ermöglichen. Ein Highlight für die Nutzerinnen und Nutzer bleiben die individuell gestaltbaren Tabellen. Sie erlauben, die darzustellenden Informationen selbst zu wählen, in ihrer Gliederungstiefe zu verändern oder bestimmte Ausschnitte ein- und auszublenden.

Die Nutzerfreundlichkeit und die Trefferdarstellung wurden durch eine Vielzahl aufwendiger technischer und inhaltlicher Neuerungen deutlich verbessert. So wird unter anderem jetzt die Browser-Back-Funktion besser unterstützt, eine Sitemap (hierarchische Seitenstruktur) erleichtert den Überblick über das Angebot und Breadcrumbs (Navigationspfade) zeigen, auf welcher Ebene man sich im System befindet. Auch die Barrierefreiheit wurde weiter ausgebaut.

Dem Relaunch der Internetseite ging eine umfassende externe Evaluation voraus. Um den Bekanntheitsgrad der Website weiter zu steigern und den Kontakt mit den Nutzerinnen und Nutzern zu pflegen, werden für alle Interessierten kostenlos Vorträge auf Kongressen und Vorlesungen mit praktischen Übungen an Universitäten sowie seit Neuestem auch von der Ärztekammer zertifizierte Fortbildungen für Ärztinnen und Ärzte angeboten. Die Zahl der Seitenabrufe hat sich gegenüber 2006 verdreifacht.

Seitenabrufe
www.gbe-bund.de

2002 bis 2009

Jahr	Seitenabrufe
2002	114 784
2003	256 272
2004	1 398 784
2005	2 053 315
2006	5 265 623
2007	9 543 782
2008	12 300 161
2009	15 672 875

EINSATZ BEI DER BUNDESTAGSWAHL

Anzahl der Beschäftigten, die das Ergebnis in der Wahlnacht feststellten

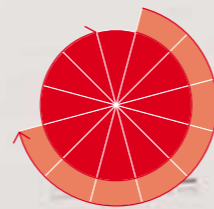
160

Lebensmittelverzehr in der Wahlnacht

belegte Brötchen	460
Würstchen	145
Kaffee (in Pfund)	5
Wasser (in Kästen)	14
Apfelschorle (in Kästen)	7
Cola (in Kästen)	5

Einsatz der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter am Wahltag

20 h



Im Fokus

Erfolgreich bewältigt: Europawahl und Bundestagswahl 2009

Das „Superwahljahr“ 2009 stand auch für das Statistische Bundesamt unter besonderen Vorzeichen: Sein traditionell auch mit dem Amt des Bundeswahlleiters betrauter Präsident ist als unabhängiges Wahlorgan für die Organisation und Durchführung von Europa- und Bundestagswahlen verantwortlich. Mit der Europawahl am 7. Juni 2009 und der Bundestagswahl am 27. September 2009 galt es, nach 1994 zum zweiten Mal die große Herausforderung eines Doppelwahljahres zu bestehen.

Die organisatorische und informationstechnische Vorbereitung der beiden Wahlen hatte bereits im Jahr 2008 begonnen. Der laufend aktualisierte, barrierefreie neue Internetauftritt des Bundeswahlleiters (www.bundeswahlleiter.de) unterstützte wirkungsvoll die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit und half auch dabei, die jeweils umfangreichste Aufgabe des „Wahlteams“ zur Vorbereitung beider Wahlen zu bewältigen: die Vorprüfung der Wahlvorschläge der Parteien und politischen Vereinigungen für ihre Zulassung zur Europawahl und die Vorprüfung der Voraussetzungen für die Anerkennung von Parteien für die Bundestagswahl.

Das IT-Team sorgte mit dem bewährten Wahl-Abwicklungssystem – neu programmiert für das neue Sitzzuteilungsverfahren nach „Sainte-Laguë/Schepers“ – bei beiden Wahlen für eine fehlerfreie Ermittlung des vorläufigen und endgültigen Wahlergebnisses. Großen Anklang fanden die nutzerorientiert aufbereiteten Publikationen des Bundeswahlleiters in gedruckter und elektronischer Form – ob als Faltblatt oder Online-Wahlatlas –, die der interessierten Öffentlichkeit aktuell umfassende Informationen von den Wahlbewerbern bis zur repräsentativen Wahlstatistik lieferten.



Das Wahlverfahren steht naturgemäß besonders im Blickpunkt der Öffentlichkeit. Hier hat sich besonders die dem Bundeswahlleiter eigene Unabhängigkeit und Unparteilichkeit bewährt. Alle Arbeiten wurden durch intensive Presse- und Öffentlichkeitsarbeit begleitet, auch aktuell aufkommende Themen, wie zum Beispiel die Möglichkeit vorzeitiger Veröffentlichungen von „Exit Poll“-Ergebnissen über das neue Medium „Twitter“, wurden aufgegriffen.

Hohen Besuch hatte der Bundeswahlleiter zudem in Wiesbaden und in Berlin: Erstmals führte die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) auf Einladung der Bundesregierung eine Wahlbewertungsmission durch – die niedrigste Stufe der Wahlbeobachtung. Deutschland war zuvor der einzige große Mitgliedstaat der OSZE, dessen Wahlen noch nicht beobachtet worden waren. Die fünfzehn Wahlbeobachter lobten neben dem hohen Maß an öffentlichem Vertrauen in das Wahlverfahren besonders die Effizienz und Professionalität der Wahlgane.



www.bundeswahlleiter.de
Auf dieser Seite steht ein online-Wahlatlas mit regionalisierten Ergebnissen der Bundestags- und Europawahl zur Verfügung.



BERLIN



BONN



WIESBADEN

Zehn Jahre Zweigstelle Bonn ...

Zehn Jahre nach der Eröffnung arbeiten heute rund 700 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Zweigstelle Bonn des Statistischen Bundesamtes und leisten dort einen wichtigen Beitrag zur Wahrnehmung des Amtes als innovativer Informationsdienstleister in Deutschland.

Im Rahmen des Umzuges der Bundesregierung nach Berlin war 1991 die Verlagerung der Zweigstelle des Statistischen Bundesamtes von Berlin nach Bonn beschlossen und 1994 im Berlin/Bonn-Gesetz festgeschrieben worden. Am 6. August 1999 nahmen rund 500 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter am Dienstsitz Bonn ihre Arbeit auf; insgesamt wechselten bis Anfang 2002 im Rahmen des Personaltausches 690 Kolleginnen und Kollegen ins Statistische Bundesamt. Viele neue Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind seitdem hinzugekommen; 107 junge Frauen und Männer haben zudem in der Zweigstelle Bonn die Ausbildung zum Fachangestellten für Bürokommunikation absolviert und ihre Prüfung bestanden. Die Bonner Zweigstelle des Statistischen Bundesamtes ist damit auch ein wichtiger Arbeitgeber und Ausbilder der Bundesverwaltung in der Region Köln/Bonn.

Beim Aufbau der Zweigstelle wurde darauf geachtet, statistische Zukunftsaufgaben in die ehemalige Bundeshauptstadt zu verlegen, um den neuen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aus den Tauschbehörden Perspektiven für ihre berufliche Entwicklung zu ermöglichen.

Pionierarbeit wurde beispielsweise beim Aufbau der Dienstleistungsstatistik sowie der europäischen Erhebungen über Informations- und Kommunikationstechnologien in Unternehmen und privaten Haushalten und LEBEN IN EUROPA (EU-SILC), die sich mit den Lebensbedingungen der Menschen in Deutschland befasst, geleistet. Auch die Dauerstichprobe befragungsbereiter Haushalte „HAUSHALTE HEUTE“, eine Datenbank über private Haushalte, die an freiwilligen Haushaltserhebungen teilnehmen wollen, wird in der Zweigstelle Bonn gepflegt und aktualisiert. Erfolge waren auch bei der Einführung der Elterngeldstatistik, der Modernisierung der Landwirtschaftsstatistik oder beim Ausbau der Gesundheitsberichterstattung zu verzeichnen. 2006 wurden Teile des neuen Aufgabenspektrums der Messung der Bürokratiekosten (Standardkosten-Modell) in Bonn angesiedelt, so dass das Aufgabenspektrum der Zweigstelle Bonn heute erheblich heterogener ist als bei deren Start 1999.

Mit einem Festakt und einem anschließenden Sommerfest wurde das zehnjährige Bestehen der Zweigstelle Bonn am 3. September 2009 gebührend gefeiert.

Checkpoint Charlie

Mit Bezug der neuen Liegenschaft am Checkpoint Charlie mitten in Berlin im Frühjahr 2008 ist der i-Punkt noch näher an seine wichtigsten Nutzer gerückt.



... und zehn Jahre i-Punkt Berlin

Der i-Punkt Berlin, die Serviceeinrichtung des Statistischen Bundesamtes in der deutschen Hauptstadt, konnte 2009 ebenfalls auf sein zehnjähriges Bestehen zurückblicken. Seit 1999 berät und informiert die Servicestelle bei Anfragen aus dem Deutschen Bundestag, von der Bundesregierung, von Botschaften und ausländischen Vertretungen sowie Verbänden und Wissenschaft in Berlin direkt vor Ort über die gesamte Themenbreite der amtlichen Statistik.

In Kooperation mit den Fachabteilungen des Statistischen Bundesamtes beantwortet der Hauptstadtsservice inzwischen jährlich etwa 1500 meist sehr umfangreiche Anfragen politischer Institutionen, mehr als achtmal so viele wie im Jahr 2000. Doch der i-Punkt bietet nicht nur Daten über Deutschland an.

Der EDS Europäischer Datenservice stellt auf der Basis von Daten des Statistischen Amtes der Europäischen Gemeinschaften (Eurostat) Ländervergleiche innerhalb der Europäischen Union zur Verfügung. Er wird in Kooperation mit Eurostat geführt und beantwortet pro Jahr etwa 9000 Anfragen. 2007 kam zum EDS das Aufgabengebiet der internationalen Statistik hinzu. Seitdem können hier statistische Informationen zu fast allen Ländern der Welt aus einer Hand erfragt und zusammengestellt werden.

Für den Bildungssektor und die breite Öffentlichkeit steht eine Infothek zur Verfügung. Zeitgemäß bietet dieser Service neben einem umfangreichen Bestand an statistischen Printpublikationen Online-Rechercheplätze und Beratungshilfen für den Umgang mit statistischen Datenbanken an.



Tag der offenen Tür
Besuch in Papas Büro am
Tag der offenen Tür.
2009 kamen 36 Babys von
Mitarbeitern und Mitar-
beiterinnen des Statistischen
Bundesamtes zur Welt.



Historische Räume in modernem Gewand

Mit einem Festakt am 26. Juni 2009 wurde das sanierte Hauptgebäude des Statistischen Bundesamtes in Wiesbaden offiziell eingeweiht. Unter den rund einhundert Gästen konnte Präsident Roderich Egeler die damalige Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Heidemarie Wiecek-Zeul, die den Bundesminister für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung vertrat, und den damaligen Staatssekretär im Bundesministerium des Innern, Dr. Hans Bernhard Beus, begrüßen. Auch die damalige Wiesbadener Bundestagsabgeordnete Dr. Kristina Köhler (jetzt Schröder) und Prof. Dr. Joachim Pös als Repräsentant der Stadt Wiesbaden nahmen an der Einweihung teil.

Die Sanierung war notwendig geworden, da das Dienstgebäude nicht mehr den baurechtlichen Vorschriften hinsichtlich der Statik und des Brandschutzes entsprach. Teile des Gebäudes waren zudem mit Schadstoffen belastet. Mit der Gesamtsanierung wurden moderne Arbeitsplätze geschaffen und ein kommunikatives Arbeits- und Organisationskonzept umgesetzt.

Den „Tag der offenen Tür“ am Samstag, dem 27. Juni 2009, nutzten mehr als 1 200 Besucherinnen und Besucher, um einen Blick hinter die Kulissen des frisch sanierten Hauses zu werfen.

Auf sie wartete ein informatives und abwechslungsreiches Programm. Die baulichen Strukturen und die modern gestaltete Arbeitsumgebung konnten bei Hausführungen besichtigt, ferner das Pretest-Labor und der renovierte Gerhard-Fürst-Saal im 13. Stockwerk des Amtes besucht werden. Führungen durch den Lesesaal und das Magazin der Bibliothek verdeutlichten die historische Entwicklung der statistischen Spezialbibliothek sowie die Zugangsmöglichkeiten für externe Benutzer.

Ein Fachforum bot Kurzvorträge zu den Themen Preismonitor, animierte Bevölkerungspyramide, Konjunkturmonitor, Wahlatlas und internationale Statistiken an. Informationsstände im Foyer des Statistischen Bundesamtes stellten weitere Tätigkeitsfelder, wie das Standardkosten-Modell oder das Meldeverfahren eSTATISTIK.core für Unternehmen, und die Ausbildung im Statistischen Bundesamt vor.

Kinder im Alter von sechs bis zwölf Jahren konnten bei einer Kinderrallye die Welt der amtlichen Statistik spielerisch kennenlernen.



Der Zensus wird erstmalig im vereinten Deutschland durchgeführt

2011

Das Zensusteam legt die Stichprobe fest und führt Pretests durch

2009

EU-Verordnung über Volks- und Wohnungszählungen tritt in Kraft

2008

FIT FÜR DEN ZENSUS

Neue Entwicklungen in der amtlichen Statistik

Vorbereitung des Zensus 2011

Im Jahr 2011 wird die Bundesrepublik Deutschland nach über 20 Jahren wieder ihre Bevölkerung zählen. Der Zensus 2011, die erste Volkszählung im vereinten Deutschland, wird nach einer neuen, auf Registern basierenden Methode durchgeführt. Im Unterschied zur traditionellen Erhebungsmethode früherer Volkszählungen werden im Rahmen des auf Registern basierenden Zensus nicht mehr alle Haushalte in Deutschland befragt. Um die benötigten Informationen zu gewinnen, werden vor allem Verwaltungsregister, wie die Melderegister und das Register der Bundesagentur für Arbeit, genutzt. Informationen über Gebäude und Wohnungen, die nicht flächendeckend durch die Verwaltung erfasst sind, werden mithilfe einer postalischen Befragung der Gebäude- und Wohnungseigentümer gewonnen. Andere Fragen, wie etwa zur Bildung und Ausbildung oder zur Erwerbstätigkeit, werden nur bei einem kleinen Teil der Einwohnerinnen und Einwohner durch eine repräsentative Stichprobe erhoben.

Bei der Konzipierung und Umsetzung der neuen Verfahren arbeiten die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder eng zusammen.

Ein wichtiger Meilenstein für die Durchführung des Zensus 2011 war das im Juli 2009 in Kraft getretene Zensusgesetz 2011. Das Gesetz bildet die Grundlage für die Durchführung des Zensus, es beschreibt die zu erfassenden Merkmale sowie die neuen Erhebungsverfahren.

Dem auf Registern basierenden Zensus liegt ein komplexes Erhebungsmodell zugrunde, in dem unterschiedliche Erhebungsverfahren, wie Registerauswertung und Direktbefragung, Voll- erfassung und Stichprobenerhebung, angewendet und verschiedene Datenquellen, beispielsweise Melderegister und Personenregister der Bundesagentur für Arbeit, genutzt werden.



Zensus 2011
Zensen werden weltweit durchgeführt. Mit dem Zensus 2011 nimmt Deutschland an einer EU-weiten Erhebung teil. Damit werden die Ergebnisse EU-weit vergleichbar sein.

Als Bindeglied zwischen den einzelnen Erhebungsteilen dient das Anschriften- und Gebäuderegister (AGR). 2009 wurden die Anschriften aus den drei Registern (Meldewesen, Vermessungswesen, Bundesagentur für Arbeit), die für den Aufbau des Anschriften- und Gebäuderegisters verwendet werden, zusammengeführt und daraus das vorläufige Anschriften- und Gebäuderegister erstellt. Die Statistischen Ämter der Länder haben damit begonnen zu prüfen, bei welchen der rund 2,3 Millionen Anschriften im AGR, die nur in den Datenlieferungen der Vermessungsverwaltung enthalten waren, es sich um Anschriften von Gebäuden mit Wohnraum handelt.

Für jedes Wohnobjekt im Anschriften- und Gebäuderegister müssen für die Durchführung der postalischen Befragung im Rahmen der Gebäude- und Wohnungszählung zunächst die Auskunftspflichtigen ermittelt werden. Hierfür haben unter anderem die Grundsteuerstellen sowie die Ver- und Entsorgerbetriebe der Gemeinden den Statistischen Landesämtern ihre Daten zu den Gebäude- bzw. Wohnungseigentümern übermittelt. Diese Informationen werden in den Statistischen Landesämtern gesichtet und auf das Einspielen in das Anschriften- und Gebäuderegister vorbereitet.

Ein weiterer bedeutender Schritt im Jahr 2009 war die Festlegung des Stichprobendesigns für die Haushalbefragung des Zensus 2011. Darüber hinaus wurde mit der Durchführung eines Pretests des Fragebogens für die Haushaltsstichprobe mit rund 7 300 Personen begonnen. Die Ergebnisse dieses Fragebogentests werden voraussichtlich Mitte 2010 vorliegen.

Statistischer Beirat sieht neue Handlungsfelder für amtliche Statistik

„Eine evidenzbasierte Politik, die unter Bedingungen des globalen Strukturwandels sowohl auf wirtschaftlichen Fortschritt wie gesellschaftlichen Zusammenhalt setzt, braucht zuverlässige Informationen. Amtliche Statistik und statistische Infrastruktur sind unverzichtbare Bestandteile moderner und demokratischer Gesellschaften.“ Davon ausgehend hat der Statistische Beirat, das nach § 4 Bundesstatistikgesetz eingerichtete Gremium der Nutzer, Befragten und Produzenten der Bundesstatistik, vier Handlungsfelder benannt, die die amtliche Statistik in den kommenden Jahren mit Nachdruck verfolgen sollte.

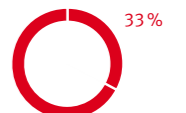
In seinem Eckpunktepapier zur Weiterentwicklung der Bundesstatistik in der 17. Legislaturperiode empfiehlt der Beirat zunächst, das Bundesstatistikgesetz (BStatG) umfassend zu novellieren, mit dem Ziel, den Statistikenutzer in den Vordergrund zu stellen und auf seine Bedürfnisse besser reagieren zu können. Als nationaler Rechtsrahmen muss das BStatG in seinen wichtigsten Passagen auch an die Vorgaben der Verordnung über europäische Statistiken angepasst werden, um Normenklarheit herzustellen. Darüber hinaus sollte die statistikbezogene wissenschaftliche Forschung als Aufgabe des Statistischen Bundesamtes im BStatG genannt werden. Auch die den Statistischen Beirat selbst betreffenden Bestimmungen sollen modernisiert werden.

Das zweite Handlungsfeld für die amtliche Statistik bezieht sich auf eine weitere Entlastung von Auskunftgebenden durch zeitgemäße Erhebungswege. Der Gesetzgeber sollte Unternehmen und öffentliche Stellen dazu verpflichten, ihre Meldungen gegenüber den statistischen Ämtern online abzugeben. Daneben soll der Verwaltungsdatennutzung Vorrang vor statistischen Primärerhebungen eingeräumt werden und die amtliche Statistik Einfluss auf die Gestaltung relevanter Verwaltungsdaten nehmen können.

Im Bereich „Qualität und Methodik“ soll die amtliche deutsche Statistik ein einheitliches Qualitätsmanagement einsetzen, sich vermehrt mit europäischen Statistikproduzenten austauschen und die Impulse aus der Wissenschaft innovativ nutzen. Zur konkreten Entlastung der Auskunftgebenden bei kostenintensiven Erhebungen empfiehlt der Statistische Beirat, das Einstromverfahren in der Statistik des Handels zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Union (Intrahandelsstatistik) weiterzuverfolgen.

Im letzten Abschnitt des Eckpunktepapiers nennt der Statistische Beirat inhaltliche Herausforderungen an die Statistik. Wesentliche und weitreichende Impulse gehen nach Auffassung des Statistischen Beirats hier derzeit von der im Februar 2008 eingesetzten Kommission zur Messung der wirtschaftlichen Leistung und des sozialen Fortschritts („Stiglitz-Kommission“) und den „Beyond-GDP“-Themen der Europäischen Kommission aus. Gefragt sind Indikatorensets auf den Gebieten der wirtschaftlichen Ungleichheit bei Einkommen- und Vermögen, der Lebensqualität sowie der Umwelt und Nachhaltigkeit. Das erfordert einen Ausbau der Umweltökonomischen Gesamtrechnungen, aber auch der Statistiken über private Haushalte.

Kunden und Anwender 2009



Bildung, Wissenschaft, Kultur



Wirtschaft



Privatnutzer



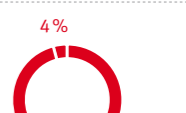
Politik und Verwaltung



Medien



Parteien, Verbände, Kirchen



andere

Die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder fordert der Statistische Beirat auf, die Chancen, die mit den neuen Informationsfeldern verbunden sind, vorausschauend mitzugestalten. Ziel sollte ein statistisches Programm sein, das sich flexibler als bisher den Anforderungen derer anpasst, die statistische Informationen brauchen und nutzen.

Ruhe bitte!

Der Statistische Beirat tagt jährlich im Statistischen Bundesamt. Das Gremium hat die Aufgabe, das Statistische Bundesamt in Grundsatzfragen zu beraten.



Interview mit Sibylle von Oppeln-Bronikowski, Abteilungsleiterin beim Statistischen Bundesamt

Frau von Oppeln, im Frühjahr 2009 ist die neue Verordnung über europäische Statistiken in Kraft getreten. Welche Auswirkungen hat diese Neuausrichtung des Europäischen Statistischen Systems (ESS) für die amtliche Statistik in Deutschland?

Die neue Verordnung über europäische Statistiken modernisiert das ESS und ist jetzt unmittelbar geltendes Recht in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU). Schrittweise wird diese Verordnung nun auf europäischer und nationaler Ebene in die Praxis umgesetzt. Auch wenn das europäische Recht schon jetzt direkt gilt, halte ich es für sinnvoll, unser Bundesstatistikgesetz, das BStatG, an die Vorgaben in der EG-Statistik-Verordnung anzupassen, um Normenklarheit herzustellen. Das gilt beispielsweise für die Harmonisierung der gesetzlichen Regelungen zur Geheimhaltung oder auch für die Voraussetzungen für die Übermittlung von Mikrodatenfiles an die Wissenschaft. Bei der Planung des statistischen Programms auf europäischer Ebene sollen die Nationalen Statistischen Ämter außerdem künftig enger eingebunden und die Arbeitsteilung bei der methodischen Weiterentwicklung stärker gefördert werden. Darüber hinaus erhalten die Nationalen Statistischen Ämter, so auch das Statistische Bundesamt, eine Koordinierungsrolle in ihren jeweiligen Ländern bei der Qualitätssicherung und Übermittlung von europäischen Statistiken. Eine für uns sehr wichtige Festlegung in der neuen europäischen Statistikverordnung berührt das Thema Qualität unserer statistischen Ergebnisse. So sind die grundlegenden Qualitätskriterien – wie Relevanz, Aktualität und Genauigkeit – definiert worden, die entsprechenden Qualitätsziele sollen in einem weiteren Schritt in den einzelstatistischen Verordnungen festgelegt werden. Das Statistische Bundesamt arbeitet übrigens in einer hochrangigen europäischen Arbeitsgruppe mit daran, wie diese Ziele auch ganz praktisch verankert werden können. Dem Verhaltenskodex für europäische Statistiken (Code of Practice) ist ein eigener Artikel gewidmet.

Sie sind auch für die Verbreitung statistischer Ergebnisse zuständig. Wo sehen Sie hier künftige Herausforderungen?

Es kann nicht mehr allein um Verbreitung gehen. Wir müssen unsere Nutzer einbeziehen, auf ihre Bedürfnisse eingehen. Das Statistische Bundesamt ist Deutschlands größter Informationsdienstleister. Die Aussage „wissen.nutzen“ bedeutet für uns eine Verpflichtung, relevante Informationen der Gesellschaft so bereitzustellen, dass sie genau, aktuell, verständlich und zugänglich sind. Das sind Qualitätskriterien, die unsere Glaubwürdigkeit und Zuverlässigkeit ausmachen. Statistische Informationen tragen zum Wissen über wirtschaftliche und soziale Entwicklungen bei; wir konzentrieren die Veröffentlichungen auch mehr und mehr thematisch, eine neuere Veröffentlichung beschäftigt sich beispielsweise mit „Gesundheit auf einen Blick“. Indikatoren, die wir aus unseren Statistiken ableiten, zeigen an, ob bestimmte politische Maßnahmen, etwa im Umweltbereich, nachhaltig sind. Der Indikatorenbericht „Nachhaltige Entwicklung in Deutschland“ wird dazu zweijährlich veröffentlicht. Natürlich ist das Internet unsere wichtigste Verbreitungsplattform. Unsere interaktiven Angebote, wie zum Beispiel die Alterspyramiden, ein

persönlicher Inflationsrechner, die Konjunkturuhr oder das Preiskaleidoskop, zeigen, dass wir auch bei der Visualisierung statistischer Informationen neue Maßstäbe setzen. Zum Thema „Visualisierung“ fand im November 2009 übrigens im Statistischen Bundesamt ein Kolloquium in Zusammenarbeit mit der Deutschen Statistischen Gesellschaft statt, das großen Anklang gefunden hat. Nicht nur die indirekte Kommunikation über eine Website, sondern auch die direkte Ansprache über unsere Auskunftsdienste und die Pressearbeit prägen das Bild von Destatis. Künftige Herausforderungen sehe ich in der verstärkten individuellen Kommunikation mit unseren Nutzern, die für ihre jeweilige Fragestellung eine für sie nützliche Antwort erhalten.

Neue Großereignisse, wie der Zensus 2011 und die Durchführung anderer wichtiger mehrjähriger Erhebungen, stehen ins Haus. An welchen zukunftsweisenden Projekten arbeitet das Statistische Bundesamt außerdem?

Durch den anstehenden Zensus 2011 und die aktuelle EU-Richtlinie „INSPIRE“ (Infrastructure for Spatial Information in Europe) hat die geographische Referenzierung statistischer Daten viel Auftrieb erfahren. Auf EU-Ebene soll INSPIRE künftig die Basis für Analysen und politische Entscheidungen mit Umweltbezug bilden. Die europäische Zensusrunde könnte die Gelegenheit bieten, dass die daran beteiligten europäischen Ämter auch einen gemeinsamen Ansatz zur Georeferenzierung entwickeln. Allerdings ist eine EU-Verordnung hierzu noch in weiter Ferne. Um raumbezogene Statistikdaten nutzen zu können, müssen noch rechtliche, technische und Fragen der Zusammenarbeit bei der Verarbeitung georeferenzierter Daten geklärt werden. Bei der Landwirtschaftszählung 2010 hingegen sind die geografischen Koordinaten der landwirtschaftlichen Betriebe als neues Liefermerkmal vorgesehen. Nach fast fünfzehnjähriger Pause planen wir Ende Juni 2010 übrigens wieder einen Fachausschuss zur Regionalstatistik zu veranstalten. Ich meine, es ist höchste Zeit dazu, und viele Fachleute, Produzenten wie Nutzer amtlicher Statistik, haben bereits ihr Interesse angemeldet. Neue Anforderungen an die amtliche Statistik ergeben sich darüber hinaus aus einem Eckpunktepapier des Statistischen Beirats zur 17. Legislaturperiode. Das ist uns besonders wichtig, denn der Statistische Beirat hat den gesetzlichen Auftrag, das Statistische Bundesamt zu beraten und die dort versammelte Expertise von Vertretern der Verbände, der Wissenschaft und der Politik spiegelt die vielfältige Nutzergemeinde der amtlichen Statistik wider. Auch viele Passagen des Koalitionsvertrages der neuen Bundesregierung betreffen unmittelbar die amtliche Statistik, etwa wenn es um die Messung des Erfolgs von Integration, das Weiterentwickeln der Nachhaltigkeitsindikatoren und deren Ergänzung um eine „Generationenbilanz“ oder die demografische Entwicklung und deren Auswirkungen geht.

Viel diskutiert werden derzeit auf internationaler Ebene die Empfehlungen der „Stiglitz-Kommission“ sowie die in ähnliche Richtung zielende „Beyond-GDP-Initiative“ der Europäischen Kommission. Worum geht es dabei?

Die im Februar 2008 vom französischen Staatspräsidenten Sarkozy eingerichtete Kommission zur Messung der wirtschaftlichen Leistung und des sozialen Fortschritts („Stiglitz-Kommission“) empfiehlt, die statistische Berichterstattung insbesondere im Hinblick auf aussagefähigere Wirtschaftsindikatoren, die Erfassung von Lebensqualität sowie von

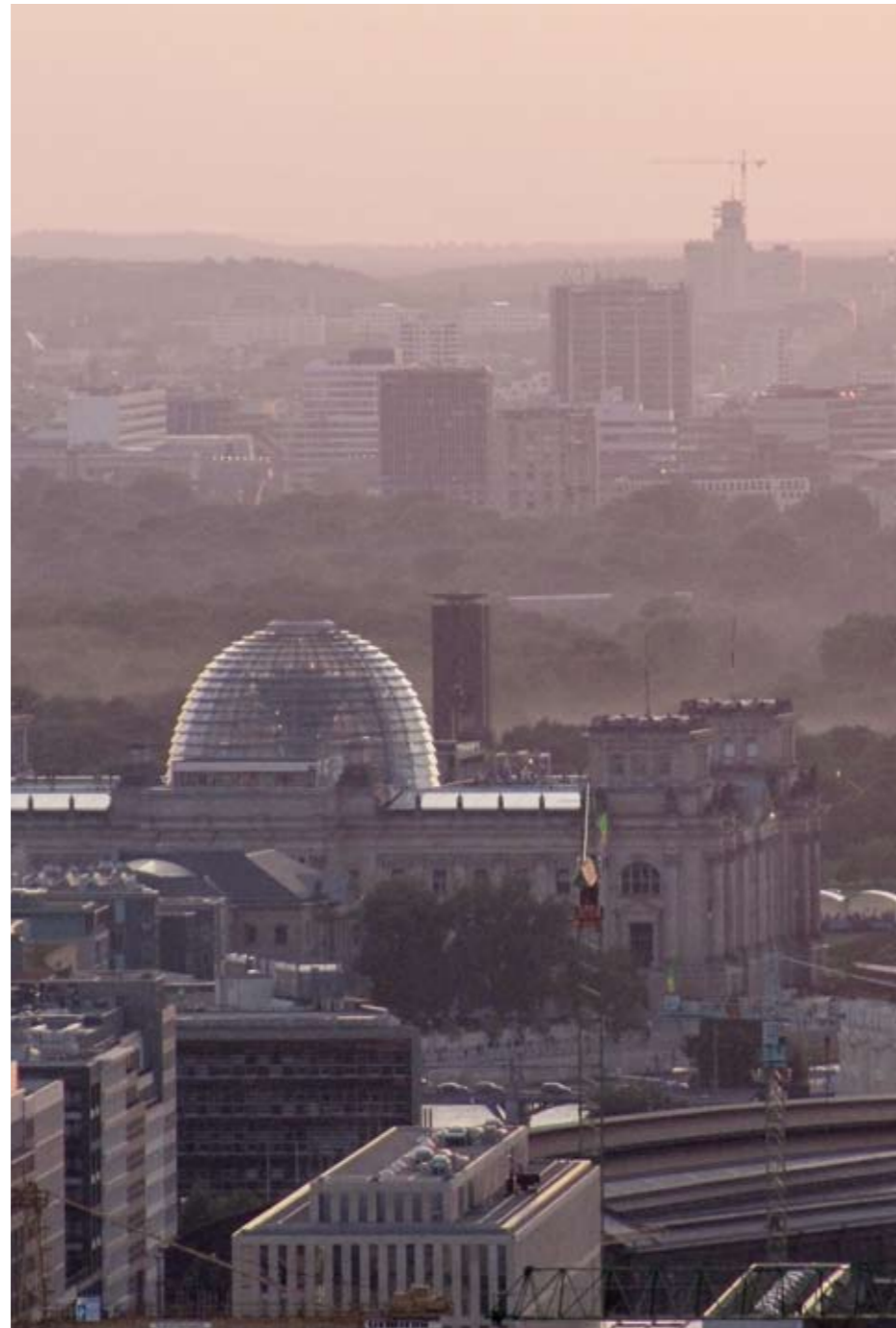
Nachhaltigkeit und Umwelt auszubauen. Ein Indikatorenset soll die unterschiedlichen Dimensionen der wirtschaftlichen Leistung und des sozialen Fortschritts eines Landes erfassen und vergleichbar machen. Neben dem Bruttoinlandsprodukt (BIP) sind zusätzliche Wirtschaftsindikatoren erforderlich, um aussagekräftige Analysen über den materiellen Lebensstandard im Zeitablauf und im Ländervergleich zu ermöglichen. Nicht-ökonomische Aspekte der Wohlfahrt sollen durch Indikatoren zur Lebensqualität (zum Beispiel für Gesundheit, Bildung oder persönliche Aktivitäten) abgebildet werden. Ob das Wohlstandsniveau auch für künftige Generationen Bestand hat, sollen Indikatoren zu Nachhaltigkeit und Umwelt beleuchten. Hierzu hat die amtliche Statistik in Deutschland – wie schon erwähnt – bereits viel zu bieten. Jetzt geht es darum, vorhandene Indikatoren entsprechend den Empfehlungen neu zusammenzustellen und Konzepte für die Schließung von Informationslücken zu entwickeln. Eine Ergänzung der bestehenden umweltökonomischen Berichterstattung, eine verbesserte Ermittlung der Einkommensverteilung sind Folgerungen, die sich unmittelbar ergeben. Mir persönlich liegt auch sehr am Herzen, dass wir nach etwa zehn Jahren wieder eine Erhebung zur Zeitverwendung durchführen. Mit der Planung einer solchen Erhebung, falls sie 2012 durchgeführt werden sollte, müssten wir jetzt beginnen. Hierzu schwebt mir vor, eine Arbeitsgruppe des Statistischen Beirats zu bilden, die sich dieses Themas interdisziplinär annimmt.



Sibylle von Oppeln-Bronikowski 2008 übernahm Sibylle von Oppeln-Bronikowski die Leitung der Abteilung „Grundsatzfragen der Bundes- und internationalen Statistik, Informationsverbreitung“ im Statistischen Bundesamt in Wiesbaden. Nach Abschluss ihres Studiums der Volkswirtschaftslehre an der Universität Heidelberg hat Frau von Oppeln in ihrer 30-jährigen Berufszeit viele Aufgabengebiete in der Fachstatistik und in Querschnittsbereichen geleitet. In Fragen strategischer Planung und Kommunikation vertritt sie das Statistische Bundesamt in nationalen und internationalen Gremien.

Staatsfinanzen

Die Anforderungen an die Qualität finanzstatistischer Daten sind im Zuge der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise enorm gestiegen.



Reformpaket Staatsfinanzen sichert Qualität finanzstatistischer Daten

Im föderalistischen System der Bundesrepublik Deutschland mit seinen weitgehend autonomen öffentlichen Haushalten haben die Statistiken über die öffentlichen Finanzen (Finanzstatistiken) die Aufgabe, ein konsistentes Gesamtbild der finanziellen Situation aller staatlichen Ebenen zu erstellen. Als Basis dienen Angaben der einzelnen öffentlichen Haushalte nach einem gemeinsamen haushaltssystematischen Rahmen. Darüber hinaus werden finanzstatistische Daten zur Berechnung der Defizitkriterien (Staatsdefizit und Staatsschulden im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt) nach dem europäischen Stabilitätspakt durch die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen und die Deutsche Bundesbank herangezogen.

Tiefgreifende strukturelle Veränderungen der öffentlichen Haushalte, wie die Ausgliederung öffentlicher Aufgaben aus den Kernhaushalten, die schrittweise, weitgehend unkoordinierte Ablösung der Kameralistik durch doppische Haushalts- und Rechnungssysteme auf Gemeinde- und Länderebene sowie die uneinheitliche Anwendung haushaltssystematischer Vorgaben, beeinträchtigen zunehmend die Vergleichbarkeit der finanzstatistischen Daten. Gleichzeitig sind im Zuge der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise und im Hinblick auf die Umsetzung der Föderalismusreform II (Schuldenbremse) die Anforderungen an die Qualität der finanzstatistischen Daten gestiegen. Die benötigten qualitativ hochwertigen Daten zeitnah bereitzustellen, erfordert große Anstrengungen.

Ein mit dem Bundesministerium der Finanzen und dem Bundesministerium des Innern abgestimmtes Reformpaket Staatsfinanzen beschreibt die notwendigen Maßnahmen zur Sicherung der Qualität statistischer Daten über die öffentlichen Finanzen. Dazu gehören:

- › Die statistische Integration der aus den öffentlichen Kernhaushalten ausgegliederten Fonds, Einheiten und Unternehmen mit eigenem Rechnungswesen in die finanzstatistischen Ergebnisse für den öffentlichen Gesamthaushalt,
- › eine Harmonisierung bei der Einführung der Doppik, um den fehleranfälligen Übergang zwischen dem kameralen System und der Doppik zu vereinfachen und ein neues finanzstatistisches Berichtssystem auf doppischer Grundlage einzurichten,
- › eine bessere Abstimmung der Haushaltsnachweise mit dem Ziel, die Vergleichbarkeit und Belastbarkeit der Daten aus den Länderhaushalten zu garantieren,
- › die Weiterentwicklung volkswirtschaftlicher Daten, damit Nachhaltigkeit und Zukunftsinvestitionen besser beleuchtet werden: Ausgaben für Forschung und Entwicklung sollen künftig direkt zum Wirtschaftswachstum in Bezug gesetzt werden können. Zu klären ist ferner die statistische Behandlung von öffentlich-privaten Partnerschaftsprojekten als neuer Finanzierungsform für öffentliche Infrastrukturinvestitionen.

Mit der Umsetzung der Qualitätssicherungsmaßnahmen wurde bereits begonnen und erste Erfolge verzeichnet.

Finanzmarktkrise und EU-Stabilitätspakt

Ab Mitte 2007 weitete sich die Immobilienkrise in den Vereinigten Staaten zu einer globalen Finanzmarktkrise aus, die auch Finanzinstitute in der Europäischen Union (EU) in Mitleidenschaft zog. Da auch systemrelevante Finanzinstitute betroffen waren und die Stabilität des Finanzsystems gefährdet war, wurden in vielen Ländern staatliche Rettungsmaßnahmen für Finanzunternehmen aufgelegt. In Deutschland enthält das Finanzmarktstabilisierungsgesetz ein umfassendes Maßnahmenpaket, mit dem das Vertrauen in das Finanzsystem wiederhergestellt und der Finanzsektor stabilisiert werden sollte. Durch die Gewährung staatlicher Garantien und weitere Leistungen ermöglichte es der neu eingerichtete Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung (SoFFin) den Finanzinstituten, für eine begrenzte Zeit ihre Eigenkapitalbasis zu stärken und ihre Liquiditätssituation zu verbessern. Mit dem Gesetz zur Fortentwicklung der Finanzmarktstabilisierung kam als weiteres Instrument der Ankauf problematischer Aktiva hinzu.

Vor dem Hintergrund des europäischen Stabilitäts- und Wachstumspaktes war zu klären, ob und inwieweit sich die unterschiedlichen Formen der staatlichen Stützungsmaßnahmen im Finanzierungssaldo (Defizit) und Schuldenstand des Staates niederschlagen. Eine generelle Schwierigkeit bestand dabei in den erheblichen Bewertungs- und Informationsunsicherheiten, denen sich die Statistiker bei der Einordnung von Maßnahmen gegenübersehen. Die für die Berechnungen von Defizit und Schuldenstand maßgeblichen Regeln des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG) 1995 sowie die ergänzenden Regeln im Handbuch zu Defizit und Schuldenstand (Manual on Government Debt and Deficit) sind zwar in aller Regel klar und eindeutig, basieren aber im Kern auf der Annahme funktionierender Märkte. Im Zuge der Finanzmarktkrise waren jedoch für eine Reihe von Wertpapieren die Märkte vollständig zusammengebrochen, die Ermittlung eines Marktwertes konnte dadurch nicht nach den üblichen ESVG-Kriterien erfolgen. Auch die Bewertung der Werthaltigkeit von Kapitalzuführungen, sofern sie nicht über den Markt getätigt wurden, erforderte besondere Lösungen. Eine weitere Frage betraf die Buchung von bestimmten Zweckgesellschaften (beispielsweise „bad banks“).

Um Lösungen zu erarbeiten, die zu europaweit vergleichbaren Daten über Defizit und Schuldenstand des Staates führen, hatte das Statistische Amt der Europäischen Gemeinschaften (Eurostat) im Juli 2008 eine Task-Force eingerichtet, in der auch das Statistische Bundesamt mitgearbeitet hat. In fünf Beratungsrunden wurden die Buchungsmöglichkeiten untersucht, Alternativen geprüft und Vorschläge entwickelt. Mit seiner im Juli 2009 veröffentlichten Entscheidung hat Eurostat für die unterschiedlichen staatlichen Stützungsmaßnahmen klare Buchungsvorgaben festgelegt, die von allen Mitgliedstaaten bei den Datenmeldungen für den Stabilitäts- und Wachstumspakt anzuwenden sind. Beginn (Mitte 2007) und Ende der Finanzmarktkrise werden dabei von Eurostat festgelegt.

Die Finanzmarktstabilisierungsmaßnahmen im Jahr 2008 haben den staatlichen Finanzierungssaldo insgesamt mit 3,3 Milliarden Euro belastet. Auf der Ausgabenseite wirkten sich dabei insbesondere staatliche Stützungsmaßnahmen in Form von Kapitalzuführungen mit rund 2,2 Milliarden Euro und Ausgleich für wertgeminderte Aktiva mit rund 1,5 Milliarden Euro aus. Diesen Ausgaben standen Einnahmen aus Gebühren und empfangenen



Vermögenstransfers (Beteiligungen privater Unternehmen an den Stützungsmaßnahmen) von rund 350 Millionen Euro gegenüber.

Der Bruttoschuldenstand des Staates (das heißt ohne Gegenrechnung der erworbenen Aktiva) ist infolge der staatlichen Stabilisierungsmaßnahmen im Berichtsjahr 2008 um 53,5 Milliarden Euro gestiegen. Darin spiegeln sich vor allem die Verbindlichkeiten von Zweckgesellschaften wider, die im Zusammenhang mit den Stützungsmaßnahmen errichtet wurden und dem Staat zuzuordnen sind. Außerdem hat der Staat Bürgschaften in Höhe von 66,3 Milliarden Euro zugesagt; sie werden nach dem ESVG 1995 erst bei Fälligkeit gebucht.

MASSNAHMEN ZUR STABILISIERUNG DES FINANZMARKTES UND FINANZIERUNGSSALDO DES STAATES 2008

Bezeichnung	Millionen Euro
Einnahmen	352
Gebühren für gewährte Bürgschaften	52
Empfangene Vermögenseinkommen (Zinsen und Dividenden)	0
Empfangene Vermögenstransfers	300
Ausgaben	3671
Zinsausgaben	21
Geleistete Vermögenstransfers	3 650
Kapitalzuführungen	2 150
Abrufe von Bürgschaften	0
Sonstige (Ausgleich für wertgeminderte Aktiva)	1 500
Finanzierungssaldo	- 3 319

Projekt infinitE: Eine informationelle Infrastruktur für das „E-Science Age“

Die Forschungsdatenzentren (FDZ) der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder sind inzwischen aus der empirisch arbeitenden Wissenschaft nicht mehr wegzudenken. Die Nutzung von Mikrodaten aus der amtlichen Statistik erfreut sich einer zunehmenden Beliebtheit.

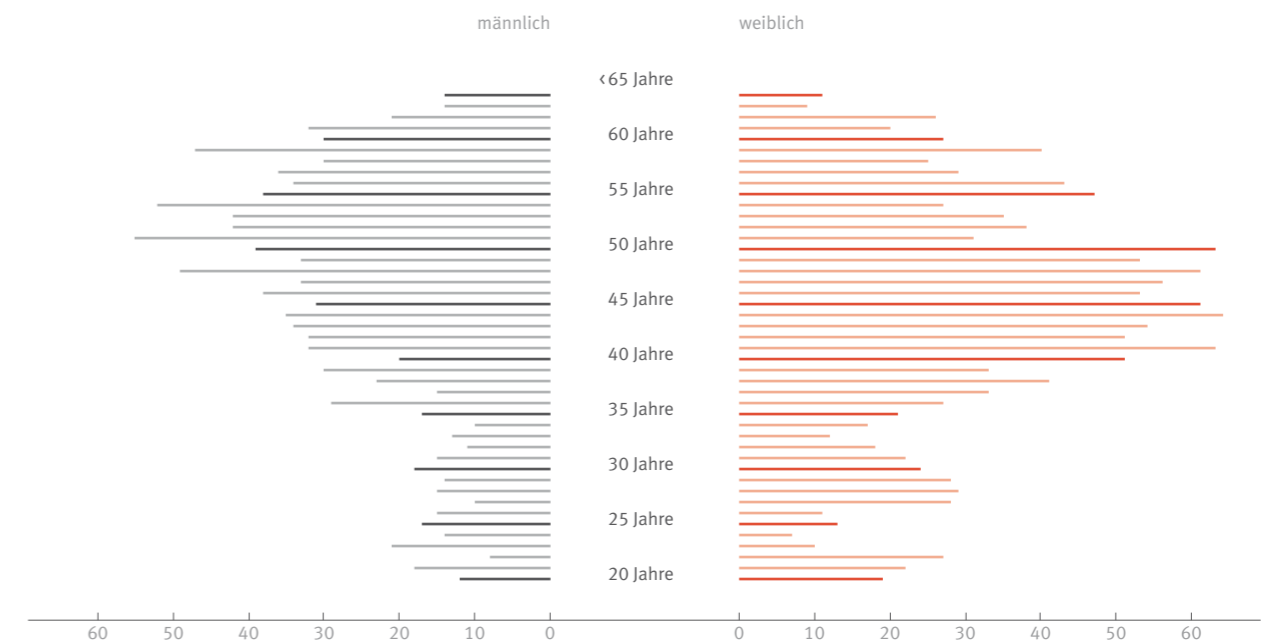
Insbesondere die Nachfrage nach einer On-Site-Nutzung statistischer Mikrodaten am Gastwissenschaftlerarbeitsplatz im Forschungsdatenzentrum oder über die kontrollierte Datenfernverarbeitung ist mittlerweile so groß geworden, dass die Datenwünsche von den jeweiligen Forschungsdatenzentren nur noch unter großen Anstrengungen zeitnah bearbeitet werden können. Ein Grund hierfür ist, dass die manuelle Ergebniskontrolle und Prüfung sehr aufwendig sind. Die andere Möglichkeit des Datenzugangs, Scientific-Use-Files zu nutzen, die am Arbeitsplatz des Forschers in der jeweiligen Institution ausgewertet werden können, scheitert bei wirtschaftsstatistischen Daten häufig an Vorbehalten gegenüber datenverändernden Anonymisierungsverfahren und den Wartezeiten zur Bereitstellung des Scientific-Use-Files. Bei wirtschaftsstatistischen Daten müssen die Anonymisierungsmaßnahmen weiter gehen als bei personenbezogenen Daten. Um die Unternehmen vor Deanonymisierung zu schützen, sind datenverändernde Verfahren, wie Mikroaggregation oder stochastische Überlagerung, unvermeidbar.

Hier soll das Projekt „infinitE – Eine informationelle Infrastruktur für das ‚E-Science Age‘“ Abhilfe schaffen. Es stellt einen Meilenstein auf dem Weg zum „Remote-Access“, dem vollautomatisierten Fernrechnen dar. Das echte Fernrechnen ermöglicht eine von Zeit und Ort unabhängige Bearbeitung der Daten durch die Wissenschaftler, wobei die Daten in den geschützten Räumen (und auf den geschützten Servern) der amtlichen Statistik verbleiben. Eine solche „Remote-Access“-Anwendung, die vollkommen automatisiert ist und bei der keine manuellen Eingriffe mehr erfolgen müssen, ist jedoch eine Zukunftsvision. Vorher muss noch eine Reihe entscheidender technischer, rechtlicher und methodischer Fragen einer solchen automatisierten Datenfernverarbeitung geklärt werden. In Ländern mit vergleichbaren rechtlichen Rahmenbedingungen wie Deutschland ist ein solcher Online-Zugriff auf geschützte Mikrodaten – das bedeutet im Grunde dieses Verfahren – bisher noch nicht realisiert worden.

Mit dem Projekt „infinitE“ soll die kontrollierte Datenfernverarbeitung bei wirtschaftsstatistischen Daten verbessert werden durch anonyme Datenstrukturfiles, die es erlauben, einen Programmablauf auf syntaktische und semantische Fehler zu überprüfen. Darüber hinaus sollen Verfahren der standardisierten und vollständig automatisierten Ergebniskontrolle entwickelt und bewertet werden, die eine simultane Betrachtung der Anonymisierung von Mikrodaten und der Ergebniskontrolle ermöglichen. Die entwickelten Werkzeuge entlasten die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Forschungsdatenzentren der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder schon während der Projektlaufzeit.

Das vom Bundesministerium für Bildung und Forschung finanziell geförderte Forschungsvorhaben führt das Statistische Bundesamt gemeinsam mit dem Institut für Angewandte Wirtschaftsforschung, dem Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit sowie mit den Forschungsdatenzentren der Statistischen Ämter der Länder mit den Standorten Berlin und Hessen durch.

MITARBEITERINNEN UND MITARBEITER DES STATISTISCHEN BUNDESAMTES NACH ALTER 2009



Geschäftstypengewichtung und Regionsmodell verbessern die Verbraucherpreisstichprobe weiter

Der anhaltende Strukturwandel im Einzelhandel lässt eine eindeutige Tendenz erkennen: Für die Verbraucher ist es immer wichtiger, welche Güter sie in welchen Geschäften einkaufen. Die Frage, wo diese Geschäfte ihren Standort haben, tritt eher in den Hintergrund.

Durch die Einführung einer expliziten Geschäftstypengewichtung können diese Entwicklungen im Einkaufsverhalten der Verbraucher bei der Berechnung des Verbraucherpreisindex nun besser abgebildet werden. Zum einen können durch die Geschäftstypengewichtung Zusatzinformationen zu den Marktanteilen der verschiedenen Geschäftstypen in das System integriert werden. Zum anderen ist garantiert, dass alle relevanten Geschäftstypen bei der Preisbeobachtung berücksichtigt werden. Im Vergleich zur bisherigen Praxis, der Bedeutung der Geschäftstypen implizit durch die Zahl der erhobenen Preisreihen Rechnung zu tragen, stellt die explizite Gewichtung einen großen Fortschritt dar.

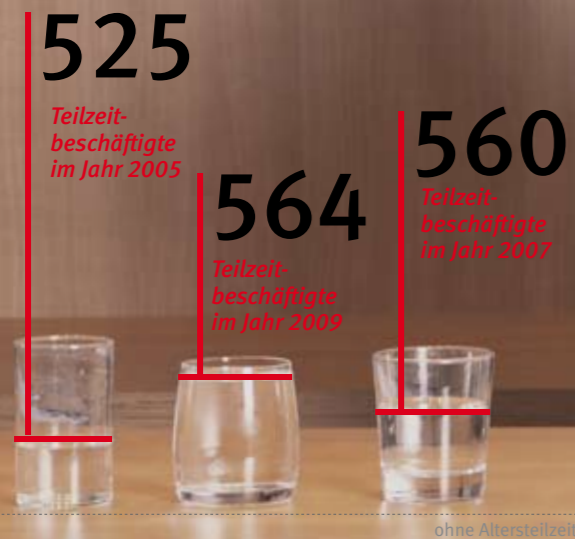
Das sogenannte Regionsmodell ist eine weitere Maßnahme, um die Qualität der Stichprobe der Verbraucherpreisstatistik zu erhöhen. Mit Hilfe des Regionsmodells wird ab 2010 das Gebiet Deutschlands flächendeckend mit Preiserhebungen abgedeckt und bis auf wenige Ausnahmen werden Preise in allen Regionen erhoben. Für die Preisbeobachtung ist zudem nicht mehr die Gemeindezugehörigkeit einer Verkaufsstätte ausschlaggebend, sondern die Bedeutung der Verkaufsstätte in der Region. Die Preiserhebung kann somit flexibler gehandhabt werden, um auf Veränderungen der Einkaufsgewohnheiten reagieren zu können. Die umfangreichen Vorarbeiten und die Abstimmungen mit den Statistischen Landesämtern zur Einführung des Regionsmodells wurden im Jahr 2009 erfolgreich abgeschlossen.

Workshop „Regionale Preisindizes“ in Wiesbaden

Mit dem Verbraucherpreisindex liegen umfassende und detaillierte monatliche Informationen über die Preisentwicklung im Zeitablauf vor. Liegt der Fokus jedoch auf räumlichen Preisniveauunterschieden, stehen in Deutschland – wie in fast allen westlichen Staaten – nur wenig Informationen zur Verfügung. Um den Informationsbedarf zu konkretisieren und zu bewerten, veranstaltete das Statistische Bundesamt gemeinsam mit dem Rat für Sozial- und Wirtschaftsdaten (RatSWD) und dem Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit (IAB) am 2. und 3. Juli 2009 in Wiesbaden einen Workshop „Regionale Preisindizes“. Die Veranstaltung wurde von 90 Teilnehmerinnen und Teilnehmern besucht. Durch die vielfältigen Vorträge und die Diskussionen mit dem Publikum war dies aus Sicht der Besucher und der Veranstalter ein gelungener Workshop.



TEILZEITBESCHÄFTIGTE IM STATISTISCHEN BUNDESAMT



Datenbank erweitert Informationsangebot der Tarifverdienststatistik

In der Bundesrepublik Deutschland spielen Tarifverträge bei der Regelung von Verdiensten und Arbeitsbedingungen eine wesentliche Rolle. Wichtige Informationen zu Verdiensten, Arbeitszeiten, Sonderzahlungen, Öffnungsklauseln und weiteren tariflichen Regelungen aus über 500 Vergütungstarifverträgen stehen aus der Tarifverdienststatistik bereit. Der Ausweis der Daten nach Abteilungen der Wirtschaftszweigklassifikation in den Fachserien erschwert es Nutzerinnen und Nutzern aber häufig, sich die benötigten Einzelinformationen zu beschaffen.

Eine neue Tarifdatenbank soll hier ab Sommer 2010 Abhilfe schaffen. Die Tarifdatenbank wird aus einer internen und einer externen Anwendung bestehen. In der internen Datenbank werden alle für die Tarifverdienststatistiken relevanten Daten aus rund 4000 Tarifverträgen erfasst. Ein Teil dieser Daten wird in einer externen Datenbank über das Internet veröffentlicht. Die Auswahl dieser Daten orientiert sich dabei weitgehend an den bisherigen Veröffentlichungen. Neu ist hingegen, dass Nutzerinnen und Nutzer die von ihnen benötigten Informationen nach eigenen Vorgaben abrufen können. Der kostenfreie Zugriff auf die Tarifdatenbank erfolgt über eine Suchmaske, in die beispielsweise Angaben zum Tarifgebiet und zum fachlichen Geltungsbereich eingegeben werden können, aber auch Angaben zum Beruf, Bundesland oder Wirtschaftszweig sind möglich. Aus der angezeigten Trefferliste kann dann der gewünschte Tarifvertrag direkt aufgerufen werden.

Für die in der Datenbank vorhandenen Tarifverträge stehen neben den Informationen zu Vergütung und prozentualer Erhöhung unter anderem auch Angaben zu Pauschal- und Einmalzahlungen, Arbeitszeiten, Öffnungsklauseln, Urlaub und Sonderzahlungen zur Verfügung. Darüber hinaus lassen sich auch Vorgänger des jeweiligen Tarifvertrages aufrufen, sodass Veränderungen der Tarifinhalte nachzuvollziehen sind. Über das erweiterte Informationsangebot hinaus können mit der neuen Tarifdatenbank erstmals auch detaillierte Auswertungen zu Niedrig- und Höchstverdiensten oder zur durchschnittlichen Höhe von Sonderzahlungen über alle Tarifverträge hinweg durchgeführt werden.



www.destatis.de/tarifdatenbank.de

[Tarifdatenbank online](#)

- › Tarifverträge
- › Vergütung
- › Pauschal- und Einmalzahlungen
- › Arbeitszeiten
- › Öffnungsklauseln
- › Entgeltflexibilisierung
- › Leistungszulagen
- › Urlaub
- › Sonderzahlungen
- › Niedrig- und Höchstverdienste

Automatisierte Sachbearbeitung in der Außenhandelsstatistik

Seit Beginn des Jahres 2009 wird in der Außenhandelsstatistik das neu entwickelte Fachverfahren ASA (Automatisierte Sachbearbeitung in der Außenhandelsstatistik) eingesetzt. Das ASA-System zur Aufbereitung der Außenhandelsstatistik wurde gemeinsam mit der Firma Werum Software & Systems in fast 4-jähriger Projektlaufzeit entwickelt.

Bei der Implementierung hat das Statistische Bundesamt Standardwerkzeuge für statistische Fachaufgaben und ein modernes javabasiertes datenbankgestütztes Aufbereitungssystem zu einem effizienten Gesamtsystem integriert. Insbesondere wurden Priorisierungsmethoden entwickelt, die helfen, die für die Detailergebnisse der Statistik wichtigsten Meldungen zu selektieren und gegebenenfalls zu korrigieren. Ein weiterer wichtiger Punkt war die Entwicklung von Verfahren, die Abweichungen gegenüber den aggregierten Ergebnissen der Vormonate erkennen lassen und so dazu beitragen, die Qualität der Außenhandelsstatistik zu sichern.

Das Modul Eingangskontrolle ermöglicht, die eingegangenen Unterlagen melderbezogen zu bearbeiten, beispielsweise zu prüfen, ob sie fristgerecht geliefert wurden.

Das Modul Sachbearbeitung dient den warenbezogenen Arbeitsprozessen bis zur Freigabe der Daten zur Tabellierung. Hier werden zum Beispiel Einzelmeldungen geprüft und gegebenenfalls korrigiert und der Output begutachtet. Weitere Funktionen des ASA-Systems unterstützen unter anderem die Bereitstellung von Daten über Unternehmen sowie die Plausibilitätsprüfungen.

Mit der Inbetriebnahme von ASA wurden die Bearbeitung des Warenverkehrs mit den Mitgliedstaaten der Europäischen Union und die des grenzüberschreitenden Warenverkehrs mit Drittländern zusammengelegt und der Aufbereitungsprozess in eine warenbezogene und eine melderbezogene Aufbereitung gegliedert.

Die Einführung von ASA hat zu erheblichen Rationalisierungseffekten geführt. So bewältigen heute etwa ein Drittel weniger Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter als vor zehn Jahren ein deutlich gestiegenes Datenvolumen in der Außenhandelsstatistik. Das ist umso beachtlicher, da angesichts allgemeiner Harmonisierungsbestrebungen auf Ebene der Europäischen Union konkrete Qualitätsvorgaben einzuhalten sind.



ASA

Die Automatisierte Sachbearbeitung in der Außenhandelsstatistik (ASA) hat trotz gestiegenen Datenvolumens zu erheblichen Entlastungen der Beschäftigten geführt.

UNSERE EXPERTEN – WELTWEIT GEFRAGT

3 Meetings zum
Projektstart mit
Aserbaidschan

7 Experteneinsätze und
Studienaufenthalte
in Bulgarien und Deutsch-
land

9 Experteneinsätze/
Maßnahmen
in Kirgisien und
Deutschland

11 Experteneinsätze
in Tadschikistan und
Deutschland

Europäische und inter- nationale Zusammenarbeit

Europäische Statistik auf neuer Basis

Die neue statistische Rahmenverordnung auf europäischer Ebene, die „Verordnung des Europäischen Parlamentes und des Rates über europäische Statistiken“, ist am 1. April 2009 in Kraft getreten. Sie ist jetzt unmittelbar geltendes Recht in den Mitgliedstaaten. Mit der neuen Verordnung erhalten die Nationalen Statistischen Ämter unter anderem eine klare Koordinierungsrolle auf nationaler Ebene bei der Entwicklung, Erstellung und Verbreitung europäischer Statistiken. Im Fokus der neuen Verordnung steht auch die Qualität statistischer Arbeit.

Die Bestimmungen der Verordnung müssen nun auf europäischer und nationaler Ebene schrittweise in die Praxis umgesetzt werden; ggf. wird es auch sinnvoll oder notwendig sein, das Bundesstatistikgesetz an einigen Stellen anzupassen (siehe auch Interview S. 35).

Mit dem Europäischen Beratenden Ausschuss für die Statistik (ESAC) als Nachfolger des Nutzergremiums „Europäischer Ausschuss für Statistische Informationen im Wirtschafts- und Sozialbereich“ (CEIES) und dem Europäischen Beratungsgremium für die statistische Governance (ESGAB) haben zwei neue hochrangige Statistikgremien ihre Arbeit aufgenommen. Im Europäischen Statistischen System ist der ESAC nun formell in die Programmplanung und Prioritätensetzung eingebunden, um die Interessen der Nutzer und Auskunftspflichtigen entsprechend zu berücksichtigen.

Der ESGAB hat jährlich dem Europäischen Parlament und dem Rat über die Anwendung des „Verhaltenskodex für Europäische Statistiken“ durch das Statistische Amt der Europäischen Gemeinschaften (Eurostat) sowie im ESS insgesamt zu berichten (siehe auch Interview S. 54 ff).

Eine neue Mitteilung der EU-Kommission beschäftigt sich mit der Weiterentwicklung des Europäischen Statistischen Systems. Sie betrifft die künftige Erstellung von EU-Statistiken und entwirft eine Vision für das nächste Jahrzehnt. Sie soll zu einer neuen Struktur des europäischen Statistiksystems und somit zu effektiveren Produktionsprozessen führen. Es soll ein „integriertes“ System eingerichtet werden, das unter Beachtung des Subsidiaritätsprinzips so weit wie möglich auf Zusammenarbeit und Standardisierung beruht. Eurostat wird, gemeinsam mit den Mitgliedstaaten, eine Strategie zur Umsetzung des Visionspapiers entwickeln.

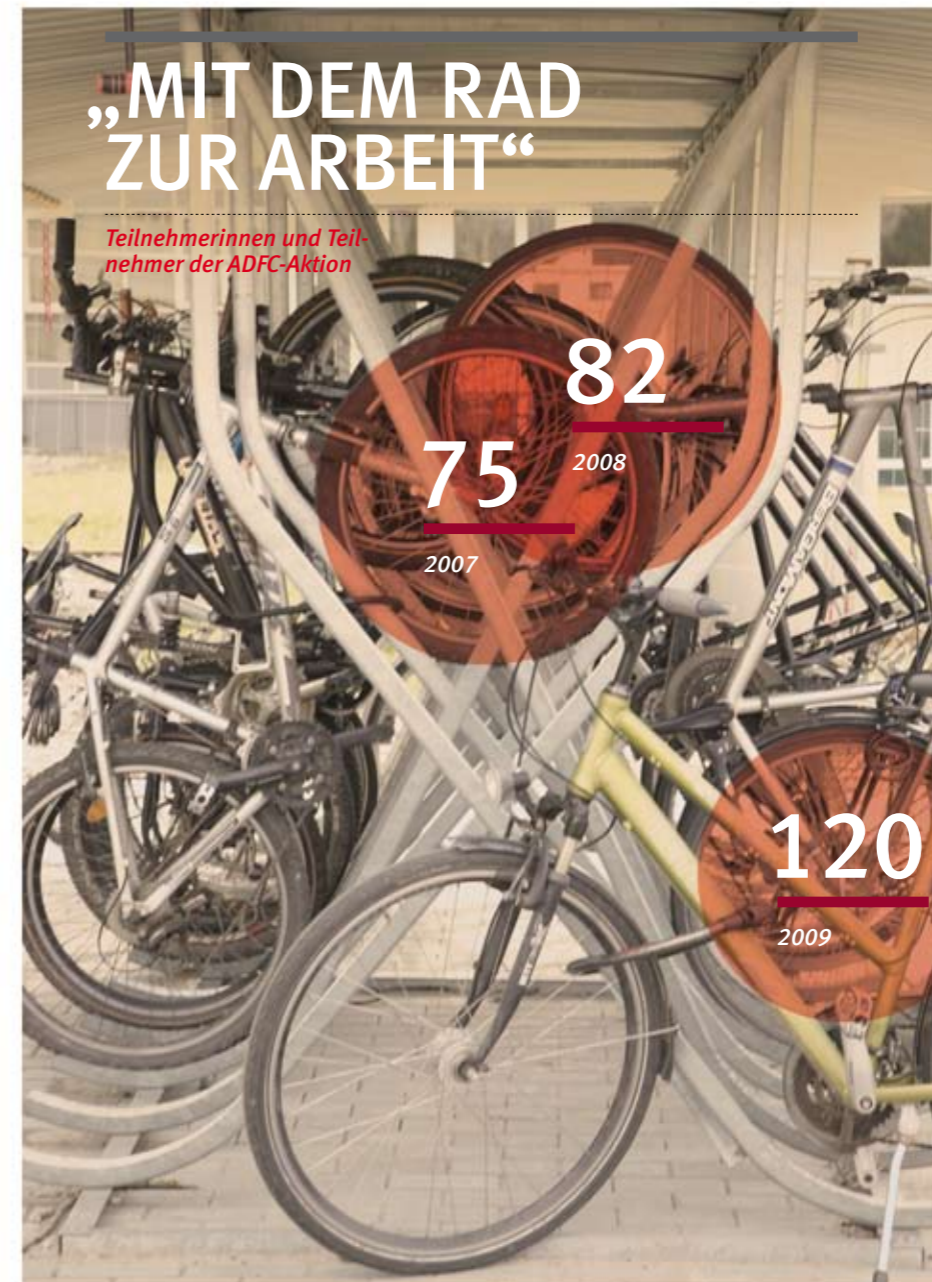
Eine weitere Mitteilung „BIP und darüber hinaus – Messung des Fortschritts in einer sich ändernden Welt“ schlägt eine völlig neuartige Berechnung des Bruttoinlandsprodukts (BIP) vor. Gegenwärtig misst das BIP die Wertschöpfung vor allem der monetären Wirtschaftsaktivitäten; die umweltmäßige Nachhaltigkeit oder die soziale Entwicklung werden bisher nicht erfasst; hierzu sollen ergänzende Daten und Indikatoren (weiter-)entwickelt werden. Mit diesem Thema befasste sich auch eine vom französischen Präsidenten Sarkozy eingesetzte Kommission (siehe Interview S. 36 f).

HAAGER AKTIONSPLAN ZUR WEITERENTWICKLUNG DES ESS

Das ESS hat sich im Rahmen des 2006 ins Leben gerufenen „Krakauer Aktionsplans“ ehrgeizige Ziele für seine Modernisierung und Weiterentwicklung gesetzt. Jetzt wurden die Vorschläge aus Krakau in einen strukturierten und konkreten Aktions- und Zeitplan gefasst. Ein von Eurostat und dem irischen Vorsitz der Partnerschaftsgruppe erstellter verbindlicher Text soll unter dem Titel „Haager Aktionsplan“ (benannt nach der vom Niederländischen Statistikamt Anfang 2009 organisierten Konferenz in Den Haag) 2010 vom ESS-Ausschuss endgültig verabschiedet werden.

Der Aktionsplan enthält 55 Empfehlungen zu den Themenbereichen Organisationsstruktur, Programmplanung, Kommunikation und Verbreitung, Zusammenarbeit sowie statistische Herausforderungen.

So sollen die Mitgliedstaaten künftig enger in die statistische Programmplanung auf europäischer Ebene eingebunden und die Struktur der statistischen Arbeitsgremien vereinfacht werden. Dazu wurden für alle statistischen Fach- und Querschnittsbereiche Direktorengruppen eingerichtet, in denen die jeweils zuständigen Abteilungsleiter Eurostats und der Nationalen Statistischen Ämter vertreten sind. Wichtige Themen der Weiterentwicklung des ESS sollen in hochrangigen Task Forces, den sogenannten Sponsorships, erörtert werden. Bisher wurden Sponsorships zu den Themen Qualität und Kommunikation sowie zu den Empfehlungen der Stiglitz-Kommission eingerichtet. Ferner soll die gemeinsame statistische Aus- und Weiterbildung in Europa weiter verbessert werden.



Interview mit Johann Hahlen, Staatssekretär im Bundesministerium des Innern a. D.

Herr Hahlen, Sie sind auf Vorschlag der Bundesregierung vom Rat der Wirtschafts- und Finanzminister (ECOFIN) in den „ESGAB“ berufen worden. Was ist der ESGAB?

Der ESGAB ist ein Gremium aus sieben hochrangigen und unabhängigen Statistikexperten, das die Einhaltung des Verhaltenskodex (Code of Practice) im Europäischen Statistischen System (ESS) beobachten und so zur Qualität und Unabhängigkeit der europäischen amtlichen Statistik beitragen soll. Die Abkürzung ESGAB kommt vom englischen Namen des Gremiums – European Statistical Governance Advisory Board. Der ESGAB wurde mit Beschluss des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. März 2008 geschaffen und ist auch in Artikel 8 der neuen europäischen Statistikverordnung vom 11. März 2009 verankert. Wir kommen aus sieben Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU) und haben unter der Leitung des finnischen Kollegen Johnny Akerholm am 18. März 2009 unsere Arbeit aufgenommen.

Könnten Sie kurz beschreiben, welche Aufgaben der ESGAB im Einzelnen hat?

Der ESGAB hat jährlich dem Europäischen Parlament und dem Rat über die Anwendung des Verhaltenskodex für Europäische Statistiken durch das Statistische Amt der Europäischen Gemeinschaften (Eurostat) sowie im ESS insgesamt zu berichten. Der Verhaltenskodex mit seinen 15 Grundsätzen soll gewährleisten, dass die amtlichen Statistiken frei von politischer Einflussnahme und nach anerkannten wissenschaftlichen Verfahren erstellt werden. Darüber hinaus berät der ESGAB die EU-Kommission, wie der Verhaltenskodex von Eurostat und im ESS besser eingehalten, den Datenproduzenten und Nutzern nahegebracht und gegebenenfalls fortentwickelt werden kann. Damit wird der ESGAB zum Ansprechpartner der EU-Kommission in Fragen der Glaubwürdigkeit der europäischen Statistik und durch seine jährliche Berichterstattung zu einem Bindeglied zwischen amtlicher Statistik und der Politik in der EU. Der ESGAB stützt sich bei seiner Arbeit insbesondere auf Ergebnisse von sogenannten „Peer Reviews“ zur Umsetzung des Verhaltenskodex bei Eurostat und den Nationalen Statistischen Ämtern der Mitgliedstaaten. Solche Peer Reviews sind Überprüfungen der Statistischen Ämter durch hochrangige Fachleute (sog. Peers); in Deutschland fand der Peer Review im Dezember 2007 im Statistischen Bundesamt statt. Die Ergebnisse der Peer Reviews werden laufend aktualisiert. Zugleich hält der ESGAB Kontakt mit Datenproduzenten in der EU (unter anderem mit der Europäischen Zentralbank) und mit den Gremien der europäischen Statistik, beispielsweise dem ESS-Ausschuss, der Partnerschaftsgruppe und dem Europäischen Statistischen Beratenden Ausschuss.

Wie sehen Sie Ihre Rolle im ESGAB?

Wichtig ist mir eine objektive und unabhängige Beurteilung der Arbeiten von Eurostat und im ESS. Nach meinem Verständnis müssen wir vor allem sehen, wo es – mit Blick auf den Code of Practice – etwas zu verbessern gilt. Es bringt das ESS nicht weiter,

wenn der ESGAB die Arbeit von Eurostat und der Nationalen Statistischen Ämter nur loben würde. Vielmehr soll der ESGAB die Politik gerade auf noch vorhandene Schwächen und Fehler hinweisen, damit diese abgestellt werden können. Vertrauen gewinnt und erhält man, wenn Öffentlichkeit und Datennutzer spüren, im ESS ist der Verhaltenskodex kein Lippenbekenntnis, sondern es wird auf seine Einhaltung streng geachtet.

Der ESGAB muss sich deshalb über die Verhältnisse bei Eurostat und in den Mitgliedstaaten der EU, was die Verwirklichung des Code of Practice angeht, informieren können. Hier sind wir im ESGAB noch auf der Suche, wie das, auch angesichts unserer beschränkten Ressourcen, am besten zu bewerkstelligen ist. Ich bin von daher auch sehr interessiert, vom Statistischen Bundesamt und den Statistischen Landesämtern zu hören, wie man die Arbeit von Eurostat und im ESS beurteilt.

Welche Ziele haben Sie sich als Mitglied des ESGAB gesteckt?

In den drei Jahren meiner ehrenamtlichen Mitarbeit im ESGAB möchte ich vor allem zur Wahrung der Unabhängigkeit von Eurostat und der Nationalen Statistischen Ämter beitragen und die Harmonisierung der Qualität der Statistiken aus den Mitgliedstaaten voranbringen. Denn Qualität ist und bleibt die Kernfrage der amtlichen Statistik. Die Entwicklung und Beachtung gemeinsamer Qualitätsstandards auf europäischer Ebene ist meines Erachtens ganz wesentlich.

Der ESGAB hat im November 2009 seinen ersten Jahresbericht vorgelegt. Könnten Sie die wichtigsten Aussagen dieses Berichts skizzieren?

Wir kommen in unserem ersten Bericht insgesamt zu dem Ergebnis, dass es bei allen Prinzipien des Code of Practice in den letzten Jahren Fortschritte gegeben hat, dass aber die Mehrheit der von den Peer Reviews empfohlenen Maßnahmen erst zum Teil oder noch nicht umgesetzt ist. In dem Bericht haben wir uns auf die Forderungen des Verhaltenskodex nach fachlicher Unabhängigkeit, adäquater Ressourcenausstattung und Sicherung einer hohen Qualität der europäischen Statistik konzentriert und dazu zehn Empfehlungen gemacht.

Unter anderem betont der Bericht zum Thema Unabhängigkeit angesichts plötzlicher Veränderungen an der Spitze von Statistikämtern in einigen Mitgliedstaaten, dass die Verfahren zur Ernennung und Entlassung von Leitern und Leiterinnen statistischer Ämter eindeutig und transparent und von der Regierungsbildung getrennt sein müssen. Zur Stärkung der Stellung von Eurostat gegenüber der EU-Kommission hält der ESGAB es für erforderlich, dass Eurostat selbst Pressekonferenzen durchführen kann, da Pressekonferenzen einer Institution in den Augen der Öffentlichkeit „ein Gesicht“ verleihen und sie so an Eigenständigkeit und fachlicher Unabhängigkeit gewinnt.

Zur beschränkten Ressourcenausstattung der Nationalen Statistischen Ämter betont der Bericht die Notwendigkeit rationellerer Statistikproduktion und längerfristiger Planungen.

Zur Qualität der europäischen Statistiken würdigt der Bericht die zahlreichen Initiativen zur Harmonisierung und Verbesserung der Qualität, sieht insoweit aber noch beträchtliche Verbesserungsmöglichkeiten und fordert, der Qualität höchste Priorität zu geben.

Was hat der ESGAB im Jahr 2010 vor?

Aus meiner Sicht ist der ESGAB gut beraten, wenn er die drei Hauptthemen aus seinem ersten Jahresbericht vertieft, also insbesondere weiter auf die unbedingte Einhaltung der professionellen Unabhängigkeit der Statistik bei Eurostat und in den Mitgliedstaaten achtet. Wir müssen weiter den Zusammenhang zwischen Ressourcen und Qualität in den Blick nehmen, denn gute Statistik setzt qualifiziertes Personal und beispielsweise ausreichende IT-Kapazitäten, die nicht zum Nulltarif zu haben sind, voraus.

Schließlich müssen wir auch prüfen, ob und wie angesichts der schlimmen Defizite bei der statistischen Arbeit in Griechenland die Peer Reviews verbessert, der Verhaltenskodex weiterentwickelt und vielleicht sogar die EU-Statistik-Verordnung von 2009 ergänzt werden muss. Dazu sollte der ESGAB in den nächsten Monaten seinen Beitrag leisten.



Johann Hahlen
Johann Hahlen arbeitete nach Abschluss seines Studiums der Rechtswissenschaften zunächst als Rechtsanwalt und trat 1972 in das Bundesministerium des Innern ein. Dort nahm er – unterbrochen durch eine Tätigkeit für die CDU/CSU-Bundestagsfraktion – unterschiedliche Aufgabengebiete wahr. Von 1992 bis 1995 leitete er die Unterabteilung „Verfassung, Staatsrecht“ im Bundesinnenministerium. Ende 1995 wurde er zum Präsidenten des Statistischen Bundesamtes ernannt. Er übte das Amt bis Oktober 2006 aus und war in dieser Zeit auch Bundeswahlleiter. Bis zu seinem Altersruhestand Ende Dezember 2007 war er Staatssekretär im Bundesministerium des Innern.

Statistik global
Beteiligungen an wissenschaftlichen und fachlichen Diskussionen auf internationaler Ebene sind für das Statistische Bundesamt von besonderer Bedeutung.



Ausgewählte internationale Tagungen

An der einmal im Jahr in New York stattfindenden Sitzung der Statistischen Kommission der Vereinten Nationen (UN-Statistikkommission) hat Deutschland als gewähltes Mitglied für den Zeitraum 2004 bis 2012 im Februar 2009 teilgenommen. Einen Schwerpunkt der Beratungen bildete die statistische Beobachtung des Klimawandels. Verabschiedet wurde ferner Band II des Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen der Vereinten Nationen (SNA 2008), das als Grundlage für internationale Vergleiche der Wirtschaftsleistung dient. Das Statistische Bundesamt engagiert sich darüber hinaus in zwei High Level Foren zur langfristigen Entwicklung des SNA sowie zum Thema „Globalization and Global Crises: the Role of Official Statistics“. Von deutscher Seite wurde eine bessere Kommunikation über die vorhandenen Daten, die eine Art Frühwarnsystem ermöglichen soll, gefordert.

Im Juni 2009 fand in Genf die 57. Plenarsitzung der Konferenz Europäischer Statistiker (CES) statt. In diesem hochrangigen Statistikgremium der Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Europa (ECE) beraten die Leiterinnen und Leiter der Statistikämter über das Statistische Arbeitsprogramm der ECE. Daneben standen im Jahr 2009 die Seminarthemen „Professionelle Unabhängigkeit der amtlichen Statistik und das Erfordernis, politikrelevante Daten zu liefern“ sowie „Strategische Themen im Bereich Unternehmensstatistik“ im Mittelpunkt. Der Beitrag des Statistischen Bundesamtes zu einem Qualitätskonzept für die Unternehmensstatistik fand große Beachtung.

Im Anschluss an die CES-Plenarsitzung tagte der OECD-Statistikausschuss. Einmal jährlich diskutieren hier die Leiter der Statistikämter der Mitgliedstaaten wichtige strategische und fachliche Themen. Im Mittelpunkt der diesjährigen Sitzung standen die Rolle der amtlichen Statistik in der Finanzmarktkrise, die Ergebnisse der Kommission zur Messung der wirtschaftlichen Leistung und des sozialen Fortschritts („Stiglitz-Kommission“) und

das „Global Project“ der OECD zur Messung des gesellschaftlichen Fortschritts. Die begleitende Koordinierungsgruppe für dieses Projekt traf sich erstmals am Rande der 3. OECD Weltkonferenz zum Thema „Statistics, Knowledge and Policy“, die im Oktober 2009 in Busan/Südkorea stattfand und sich ebenfalls mit Fragen der Messung des sozialen Fortschritts befasste.

Der 57. Weltkongress des Internationalen Statistischen Instituts (ISI) im August 2009 in Durban, Südafrika, bot – wie seine Vorgänger – wieder ein Forum für einen umfassenden Informationsaustausch im Bereich der Statistik. Mehr als 1 200 wissenschaftliche Beiträge wurden den 2 500 Teilnehmenden vorgestellt. Die Beiträge und Präsentationen der Teilnehmer des Statistischen Bundesamtes reichten von der Reform der Unternehmensstatistiken über Fragen der statistischen Geheimhaltung und Anonymisierung bis zu Fragen der Qualitätssicherung, der Umweltökonomischen Gesamtrechnungen und der Fortbildung in der amtlichen Statistik.

Im Dezember 2009 tagte eine Arbeitsgruppe der Vereinten Nationen, die „London Group“, im Statistischen Bundesamt in Wiesbaden. Sie hat die Aufgabe, das System of Environmental and Economic Accounting (SEEA) zu revidieren, das bis 2012 zu einem internationalen Standard entwickelt und schrittweise in den Mitgliedstaaten implementiert werden soll.

Mitarbeit in internationalen Gremien 2009

- › UN-Statistikkommission
- › Konferenz Europäischer Statistiker (CES)
- › OECD-Statistikausschuss
- › Internationales Statistisches Institut (ISI)

Ausgewählte Kooperationsprojekte

Bei der Durchführung von Kooperationsprojekten mit nationalen Statistikämtern anderer Staaten steht in den letzten Jahren statt fachstatistischer Themen immer häufiger der Aufbau von Verwaltungskapazitäten in den Partnerämtern im Vordergrund. Das Statistische Bundesamt bietet seit sieben Jahren ein maßgeschneidertes Fortbildungsangebot zum Aufbau von Verwaltungskapazitäten im Bereich Statistik („capacity building“) an. Im Jahr 2009 wurden folgende Fortbildungskurse durchgeführt: in Manila im Auftrag der Asiatischen Entwicklungsbank für hochrangige Teilnehmer aus sieben asiatischen Ländern; in Wiesbaden für leitende Mitarbeiter des laotischen Ministeriums für Planung und Investitionen sowie in Bonn für die Leiter der regionalen Statistikämter der Russischen Föderation.

Während die Kurse für die asiatischen Partner darauf zielten, die Teilnehmer mit den Grundsätzen, Rechtsgrundlagen und modernen Planungs- und Managementkonzepten der amtlichen Statistik vertraut zu machen, widmeten sich die Kurse für die russischen Partner dem Qualitätsmanagement in der amtlichen Statistik.

TWINNING-PROJEKT MIT ASERBAIDSCHAN

Nach erfolgreichem Abschluss der Twinning-Kooperationsprojekte der Europäischen Union (EU) mit Kroatien und Bulgarien unterstützt das Statistische Bundesamt das Staatliche Statistikkomitee der Republik Aserbaidschan seit Ende des Jahres 2009 beim Ausbau seiner Statistikkapazitäten. Bei diesem in einem Konsortium mit den Statistikämtern Bulgariens, der Tschechischen Republik und Litauens durchgeführten EU-Twinning-Projekt wird das Statistische Bundesamt in einem Zeitraum von zwei Jahren vornehmlich auf den Gebieten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen und der Unternehmensstatistik beratend tätig. Das Nationale Statistikinstitut Bulgariens stellt erstmals in einem Twinning-

Delegation aus Tadschikistan
Eine tadschikische Studien-
delegation informierte
sich in Wiesbaden zu Fragen
der Personalentwicklung
und Weiterbildung.



Projekt Experten zur Verfügung. Ziel des Projektes ist es, durch die Einführung neuer Methoden bei der Datenproduktion die Datenqualität der amtlichen Statistik in Aserbaidschan zu verbessern.

WELTBANKPROJEKT MIT TADSCHIKISTAN

Die Arbeiten an einem von der Weltbank finanzierten Projekt mit dem tadschikischen Statistikamt Goskomstat zur Verbesserung seiner statistischen Veröffentlichungen wurden erfolgreich fortgesetzt. Ein Meilenstein war, die Qualität der Publikationen hinsichtlich Inhalt und Darstellung an internationale Standards anzupassen. Neben der verbesserten Aufbereitung statistischer Ergebnisse in Grafiken und Tabellen wurden in einem einwöchigen Workshop ein einheitliches Erscheinungsbild der Veröffentlichungen sowie ein Logo entwickelt. Beides diente dazu, Goskomstat als Lieferanten neutraler Daten über die Entwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft Tadschikistans national und international zu etablieren. Die neuen Standards sind mittlerweile in allen statistischen Publikationen Goskomstats umgesetzt.

FORTBILDUNG AUF EUROPÄISCHER EBENE

Ergänzend zu dem Fortbildungsprogramm auf nationaler Ebene hat sich das europäische statistische Fortbildungsprogramm (ESTP) 2007 bis 2010 sehr erfolgreich als weiteres Fortbildungsinstrument im Statistischen Bundesamt etabliert. Im Jahr 2009 nahmen insgesamt 62 Mitarbeiter des Hauses an ESTP-Kursen teil. Das Spektrum der Kursinhalte umfasste Fachthemen und Querschnittsthemen, so wurden beispielsweise Kurse zum Total Quality Management oder über Didaktik für Dozenten angeboten.

Europäische Fortbildung
Teilnehmerinnen und Teil-
nehmer des ESTP-Kurses
„Presentation, Facilitation
and Consulting Skills
for Trainers“ in Wiesbaden.



ESSnet-Projekt „Decentralised Access to EU-Microdatasets“

Seit Februar 2009 führt das Statistische Bundesamt im Auftrag des Statistischen Amtes der Europäischen Gemeinschaften (Eurostat) das ESSnet (European Statistical System Network)-Projekt „Decentralised access to EU-Microdatasets“ in Kooperation mit weiteren internationalen Projektpartnern durch. In dieser auf zwölf Monate angelegten Machbarkeitsstudie sollen die Möglichkeiten untersucht werden, ein Netzwerk europäischer Forschungsdatenzentren aufzubauen, um über zertifizierte Gastwissenschaftlerarbeitsplätze die Nutzung europäischer Mikrodaten zu ermöglichen. Das Ergebnis der Studie soll eine „best practice“-Empfehlung gegenüber Eurostat sein, deren Umsetzung auf der Grundlage der derzeitigen informationellen Infrastruktur in Europa dezentrale Zugangswege zu europäischen Gemeinschaftsstatistiken (zunächst zum Europäischen Haushaltspanel) eröffnen kann. Zum anderen soll aufgezeigt werden, in welchem Maße die aktuellen rechtlichen und technischen Rahmenbedingungen verändert werden müssen, um künftig einen vereinfachten Zugang zu ermöglichen. Arbeitsunterlagen, wie Nutzeranträge und Hintergrundinformationen zu den Daten, sollen vereinheitlicht werden und allen Nutzern und Nutzerinnen gleichermaßen zur Verfügung stehen. Um die Ergebnisse des Projektes zu verbreiten und den Kontakt zu den Ansprechpartnern der europäischen Forschungsdatenzentren zu erleichtern, werden die zentralen Informationen unter www.safe-centre.eu online gestellt und veröffentlicht.

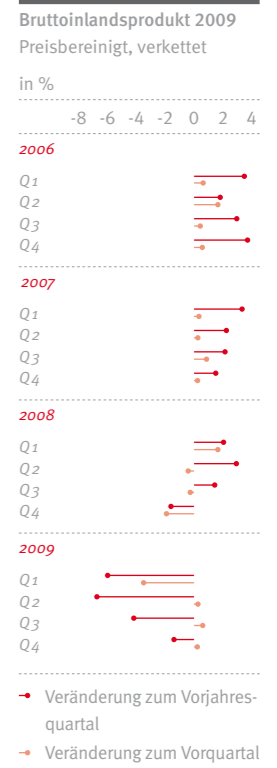
Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise

In der durch die weltweite Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise verursachten schwierigen wirtschaftlichen Situation konnten die statistischen Ämter in der Bundesrepublik Deutschland und weltweit ihre Leistungsfähigkeit unter Beweis stellen. Bei den Anstrengungen, die Krise zahlenmäßig fassbar zu machen, kam den aggregierten makroökonomischen Ergebnissen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen besondere Bedeutung zu.

Das Bruttoinlandsprodukt lag im ersten Halbjahr 2009 preisbereinigt um 6,7% unter dem Wert des ersten Halbjahres 2008. Eine rückläufige Wirtschaftsentwicklung war bereits seit dem zweiten Vierteljahr 2008 zu verzeichnen (saison- und kalenderbereinigt im Vorquartalsvergleich) und setzte sich im weiteren Jahresverlauf fort. Erst im zweiten Vierteljahr 2009 zeigte sich wieder eine leichte Stabilisierung der Wirtschaftsentwicklung auf dem neuen, niedrigeren Niveau. Nach vorläufigen Berechnungen ist das reale Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2009 um – 5,0% gegenüber dem Vorjahr gesunken. Damit erlebte Deutschland die bislang stärkste Rezession der Nachkriegszeit.

Die starke internationale Harmonisierung der Berechnungsmethoden im Bereich der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen erlaubt auch einen belastbaren internationalen Vergleich der Ergebnisse. Ergebnisse für die Europäische Union aus der vierteljährlichen Schnellmeldung des Bruttoinlandsprodukts werden zeitgleich mit den Ergebnissen für Deutschland veröffentlicht. Anlässlich des G20-Treffens im Mai 2009 gab das Statistische Bundesamt eine gesonderte Pressemitteilung mit Basisdaten der teilnehmenden Staaten heraus. Die Zahlen belegten, dass es Ende 2008 allen Teilnehmerländern wirtschaftlich schlechter ging als zu Beginn des Jahres, wenn auch in sehr unterschiedlichem Ausmaß.

Einen Rückblick auf frühere Rezessionsphasen gibt der Aufsatz „Rezessionen in historischer Betrachtung“ in „Wirtschaft und Statistik“, Heft 3/2009.





Datenaustausch nach internationalen Standards (SDMX-Initiative)

Internationale Organisationen verwenden für ihre zusammenfassenden Vergleiche statistische Daten aus einer Vielzahl nationaler und internationaler Datenquellen. Durch die fehlende Abstimmung der Methodik und der Inhalte lassen sich Ergebnisse häufig nur auf einem hohen Aggregationsniveau darstellen. Neben inhaltlichen Problemen sind für einen problemlosen Datenaustausch auch technische Aspekte wie Datenformate und Übertragungswege zu regeln, für die in der Vergangenheit ebenfalls keine verbindlichen Standards existierten.

Um dies zu ändern, fördern unter anderem das Statistische Amt der Europäischen Gemeinschaften (Eurostat), die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, die Vereinten Nationen und die Weltbank die SDMX-Initiative (Statistical Data and Metadata eXchange). Sie soll den Austausch statistischer Daten und Metadaten inhaltlich und technisch standardisieren, um die Vergleichbarkeit und Qualität der Informationen zu verbessern und die Datenübertragung effizienter und transparenter zu organisieren.

Das Statistische Bundesamt beteiligt sich bereits seit einigen Jahren an SDMX-Projekten von Eurostat. Durch eine Erweiterung des im Verbund der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder entwickelten Statistischen Informationssystems GENESIS um eine SDMX-Schnittstelle kann das System – über seine zentrale Rolle für die Veröffentlichung amtlicher statistischer Daten hinaus – auch als Quelle für den internationalen Datenaustausch dienen. Erste Lösungen für den Austausch von Wirtschaftsindikatoren mit Eurostat wurden bereits erarbeitet; sie können für weitere Anwendungsfälle, zum Beispiel die Lieferverpflichtungen im Rahmen des Zensus 2011, ausgebaut werden. Die Verbreitung der Zensusergebnisse im europäischen Raum baut auf einer einheitlichen Abstimmung der Inhalte und Zugriffsmechanismen gemäß SDMX auf. Eurostat führt die Ergebnisse der Nationalen Statistischen Ämter zusammen und stellt sie über den sogenannten Census Hub der Öffentlichkeit zur Verfügung. Das Statistische Bundesamt hat auf Basis der GENESIS-SDMX-Schnittstelle die technischen Voraussetzungen für die Datenbereitstellung bereits geschaffen und erfolgreich getestet.

„Reconciliation exercises“ in der Intrahandelsstatistik

Um die Datenqualität der Außenhandelsstatistik, insbesondere der Statistik des Warenhandels zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Union (Intrahandelsstatistik), zu verbessern, wird auf europäischer Ebene eine Vielzahl von Maßnahmen verfolgt. So sollen zum Beispiel Asymmetrien (Abweichungen) bei den spiegelbildlich erfassten Handelsdaten von EU-Partnerländern abgebaut werden (in der Theorie sollten die erfassten Ausfuhrdaten eines Landes den erfassten Einfuhrdaten des Handelspartners entsprechen). Der Abbau solcher Asymmetrien gilt als eine zentrale Voraussetzung dafür, das sogenannte Einstromverfahren einführen zu können. Beim Einstromverfahren werden ausschließlich die Ausfuhren statistisch erfasst; die Einfuhrdaten leiten sich aus den Ausfuhrdaten der jeweiligen Handelspartner ab.

Um bestehende Abweichungen zu beheben, überprüfen bisher jeweils zwei Partnerländer ihre bilateralen Handelsdaten in gegenseitigen Spiegelvergleichen. Im Jahr 2009 wurden zum Abbau der größten aufgetretenen Asymmetrien im Auftrag des Statistischen Amtes der Europäischen Gemeinschaften (Eurostat) erstmals Spiegelvergleiche in konzentrierter Form, sogenannte „reconciliation exercises“, von allen Mitgliedstaaten durchgeführt. Dafür wurden von Eurostat auf detaillierter Warenebene, das heißt bezogen auf einzelne Produkte (achtstellige Warencodes), die bedeutendsten Asymmetrien nach bestimmten Kriterien ausgewählt und an die Mitgliedstaaten übermittelt. So mussten die Abweichungen eine bestimmte Größenordnung aufweisen, sowohl absolut (über 600 Millionen Euro jährlich) wie auch prozentual (Anteil an allen Abweichungen), und in ähnlicher Größenordnung auch bereits im Vorjahr oder im Folgejahr aufgetreten sein. Aufgabe der Mitgliedstaaten ist es dann, die sie betreffenden Abweichungen gemeinsam mit den Partnerländern zu prüfen und soweit wie möglich anzugleichen. Von 69 im Jahr 2009 durchgeführten „reconciliation exercises“ erfolgten allein 25 mit Beteiligung Deutschlands.

Die Spiegelvergleiche werden fortan jährlich durchgeführt, um auf lange Sicht vor allem dauerhafte und methodisch bedingte Abweichungen aufzudecken und möglichst zu beheben. Darüber hinaus stellt Eurostat allen Mitgliedstaaten regelmäßig sogenannte „monitoring reports“ zur Verfügung, um sie über die größten aufgetretenen Abweichungen in den Jahres- und Monatsdaten zu informieren.

Zur Auswertung der Ergebnisse der ersten Reconciliation-Runde und zur Planung künftiger Spiegelvergleiche fand im November 2009 ein eintägiges Seminar bei Eurostat statt.

Spiegelvergleich
Spiegelvergleiche sollen Abweichungen zwischen den Ausfuhrdaten eines Landes und den Einfuhrdaten des EU-Partnerlandes untersuchen und beheben.



Neues Handbuch zu Qualitätsbereinigungsverfahren in der europäischen Preisstatistik

Zu den Arbeitsschwerpunkten der Verbraucherpreisstatistik im Statistischen Bundesamt gehörte in den vergangenen Jahren auch die Leitung des vom Statistischen Amt der Europäischen Gemeinschaften (Eurostat) geförderten europäischen Gemeinschaftsprojekts „CENEX HICP Quality Adjustment“. Als Ergebnis dieses Projekts wurde im September 2009 ein rund 300 Seiten umfassendes „Handbook on the application of quality adjustment methods in the Harmonised Index of Consumer Prices“ in der Schriftenreihe „Statistik und Wissenschaft“ veröffentlicht. Das Handbuch soll den Preisstatistikern des Europäischen Statistischen Systems praktische Hilfestellung bei der Entwicklung und Einführung von Qualitätsbereinigungsverfahren geben und dazu beitragen, die Anwendung dieser Verfahren in Europa zu harmonisieren.



Handbuch „Qualitätsbereinigungsverfahren“



23%

der Elternzeit
wurden von
Vätern in Anspruch
genommen

VÄTER IN ELTERNZEIT BEIM STATISTISCHEN BUNDESAMT 2009

Aus den Fachstatistiken

Neue Daten zur Kinderlosigkeit in Deutschland

In der amtlichen Statistik wurden bis vor wenigen Jahren keine Daten zur Kinderlosigkeit erhoben. Erste Ergebnisse über wichtige Trends und Veränderungen im Geburtenverhalten der Frauen lieferte eine 2006 durchgeführte Sondererhebung zu „Geburten in Deutschland“. Jetzt wurde die Datenbasis auf eine wesentlich breitere Grundlage gestellt: Nach einer Gesetzesänderung im Jahr 2007 konnten 2008 erstmals zusätzliche Fragen zu Geburten in den Mikrozensus integriert werden. Im Jahr 2008 wurden alle 15- bis 75-jährigen Frauen in der Stichprobe gefragt, ob sie Kinder geboren haben und wenn ja, wie viele. Die Angaben hierzu waren freiwillig.

Von den zum Zeitpunkt der Erhebung 40- bis 44-jährigen Frauen hatten 21 % keine Kinder zur Welt gebracht. Dagegen waren von den Frauen, die 2008 zwischen 70 und 75 Jahren alt waren, nur 11 % kinderlos geblieben. Die Zunahme der Kinderlosigkeit ist der wesentliche Faktor für das niedrige Geburtenniveau bei Frauen, die heute Mitte vierzig sind. Der zweite Faktor, der auf das Geburtenniveau einwirkt, die Zahl der Kinder je Mutter, ist bei den 40- bis unter 60-jährigen Frauen weitgehend stabil geblieben. Etwa 30 % der Mütter dieser Altersgruppen haben ein Kind, fast die Hälfte hat zwei Kinder und etwa 20 % haben drei oder mehr Kinder.

Im Osten Deutschlands gibt es deutlich weniger kinderlose Frauen als im Westen. Während von den 40- bis 75-jährigen Frauen im früheren Bundesgebiet (ohne Berlin-West) 16 % keine Kinder haben, sind es in den neuen Ländern (einschließlich Berlins) nur 8 %. Auch bei den jüngeren Frauen bestehen deutliche Unterschiede: Von den im Jahr 2008 35- bis 39-jährigen im Westen Deutschlands haben bisher 28 % keine Kinder, im Osten Deutschlands sind lediglich 16 % der Frauen dieses Alters kinderlos.

Die Ergebnisse zeigen darüber hinaus Zusammenhänge zwischen Bildungsstand und Kinderlosigkeit. Für den Westen gilt: Je höher der Bildungsstand, desto häufiger ist eine Frau kinderlos. Betrachtet man Frauen im Alter ab 40 Jahren, die ihre Familienplanung größtenteils abgeschlossen haben, hatten 26 % der Frauen mit hoher Bildung keine Kinder. Dieser Anteil ist deutlich höher als der bei Frauen mit mittlerer Bildung (16 %) und mehr als doppelt so hoch wie der bei Frauen mit niedriger Bildung (11 %). Für den Osten trifft dieser Zusammenhang allerdings nicht zu.

Die im Ausland geborenen und nach Deutschland zugewanderten Frauen sind seltener kinderlos als die hier geborenen Frauen. So hatten von den 35- bis 44-jährigen Zuwanderinnen 13 % keine Kinder, bei den in Deutschland geborenen Frauen waren es 25 %.

Weitere Ergebnisse enthält die Broschüre „Mikrozensus 2008 – Neue Daten zur Kinderlosigkeit in Deutschland“, die im Internetangebot des Statistischen Bundesamtes (www.destatis.de) zu finden ist.





Vernetzt

Knapp 48 Millionen Computer standen in 2009 in den privaten Haushalten Deutschlands. 1991 waren es erst acht Millionen.

Erweitertes Datenangebot der Vermögensrechnung

Die Vermögensrechnung in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen stellt umfangreiche Daten zum Anlagevermögen der deutschen Volkswirtschaft bereit. Zusätzlich zu den Bestandsgrößen wurde im Jahr 2009 der aktuelle Altersaufbau des Anlagevermögens, differenziert nach Vermögensarten, ermittelt. Die neuen Berechnungen ergaben, dass das Durchschnittsalter der staatlichen Bauten in den letzten Jahren überdurchschnittlich stark angestiegen ist. Bis zum Jahresanfang 1991 waren die öffentlichen Bauten im Durchschnitt 22 Jahre alt, bis zum Jahresanfang 2009 war das Durchschnittsalter um rund sechs Jahre auf 28 Jahre gestiegen. Im gleichen Zeitraum erhöhte sich das Durchschnittsalter aller Bauten in Deutschland lediglich von rund 24 auf annähernd 27 Jahre. Die im Zusammenhang mit den aktuellen Konjunkturpaketen des Bundes und der Länder beschlossenen Infrastrukturmaßnahmen werden keine Trendwende beim Durchschnittsalter der öffentlichen Bauten einleiten. Die Veränderung des Altersaufbaus des Anlagevermögens ist in Form einer animierten Alterspyramide auf der Internetseite des Statistischen Bundesamtes www.destatis.de unter Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen/Vermögensrechnung dargestellt.

Ergänzt wird das Datenangebot der Vermögensrechnung durch Angaben zum Konsumvermögen privater Haushalte. Damit liegt ein zusätzlicher Baustein für die Erstellung einer

gesamtwirtschaftlichen Vermögensbilanz vor. Die aktuellen Berechnungen ergaben, dass die privaten Haushalte in Deutschland am Jahresanfang 2009 langlebige Gebrauchsgüter im Wert von fast einer Billion Euro besaßen; je Haushalt waren das durchschnittlich Güter im Wert von 23 500 Euro. Fahrzeuge machen mehr als ein Drittel des Konsumvermögens aus, Möbel und Teppiche ein weiteres Drittel. Das restliche Konsumvermögen umfasst elektrische Haushaltsgeräte, audiovisuelle, fotografische und EDV-Geräte sowie Güter für Kommunikation, Gesundheit, Unterhaltung und Freizeit; Uhren und Schmuck. Der Neuwert des Bestandes an audiovisuellen, fotografischen und EDV-Geräten hat sich preisbereinigt seit 1991 mehr als verdreifacht und damit gegenüber den anderen Gütergruppen weit überproportional entwickelt. Dies deutet darauf hin, dass die Ausstattung der Haushalte mit moderner Informations- und Unterhaltungstechnik stetig voranschreitet. Diese Entwicklung wird auch von den Ergebnissen der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe belegt. Der Bestand an Computern in den privaten Haushalten ist im betrachteten Zeitraum von rund acht Millionen auf knapp 48 Millionen Geräte und damit auf das Sechsfache gestiegen.

Erwerbsformen und ihre Bedeutung für die Einkommenssituation Erwerbstätiger

Unter den Erwerbsformen auf dem deutschen Arbeitsmarkt haben in den vergangenen zwanzig Jahren Normalarbeitsverhältnisse, das heißt unbefristet und in Vollzeit ausgeübte Beschäftigungen, an Bedeutung verloren. Im Gegenzug haben neue oder bislang wenig verbreitete Erwerbsformen an Bedeutung zugenommen. Zu diesen – in der Arbeitsmarktforschung zur Abgrenzung vom Normalarbeitszeitverhältnis als „atypische Beschäftigung“ bezeichneten – Erwerbsformen zählen die Teilzeitbeschäftigung (mit weniger als 21 Wochenstunden), die befristete Beschäftigung, die geringfügige Beschäftigung und die Zeitarbeit. Als weitere Gruppen Erwerbstätiger werden Selbstständige mit und ohne Beschäftigte und mithelfende Familienangehörige unterschieden. Diesen Erwerbsformen liegen nicht nur unterschiedliche arbeitsvertragliche Regelungen zugrunde, sie weichen auch hinsichtlich der erzielten Verdienste und der sozialen Absicherung voneinander ab.

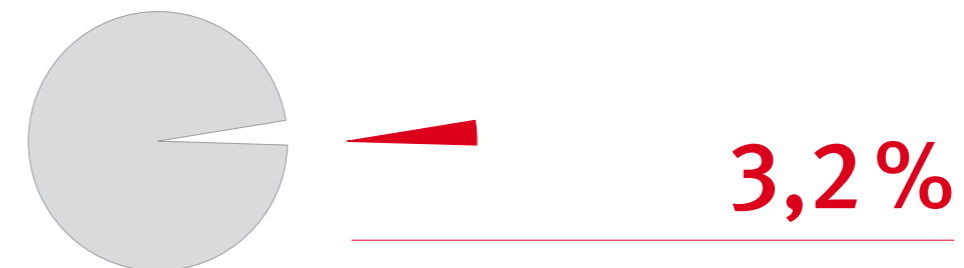
Das Statistische Bundesamt befasst sich seit 2008 intensiv mit dem Wandel der Erwerbsformen auf dem deutschen Arbeitsmarkt und dessen sozio-ökonomischen Auswirkungen. Nach Ergebnissen des Mikrozensus arbeiteten von den insgesamt 34,7 Millionen Erwerbstätigen im Alter von 15 bis 64 Jahren, die sich nicht in Bildung oder Ausbildung befinden (sogenannte Kernerwerbstätige), im Jahr 2008 zwei Drittel (22,9 Millionen oder 66,0%) in Normalarbeitsverhältnissen; 1998 waren es noch 72,6% gewesen. Der Anteil atypisch Beschäftigter stieg im gleichen Zeitraum von 16,2 auf 22,2%. Selbstständig waren im Jahr 2008 11,0% (3,8 Millionen) der Kernerwerbstätigen, mehr als die Hälfte (2,1 Millionen oder 6,1%) waren sogenannte Solo-Selbstständige. Die meisten der insgesamt 7,7 Millionen atypisch Beschäftigten gingen im Jahr 2008 einer Teilzeitbeschäftigung mit weniger als 21 Wochenstunden nach (4,9 Millionen Erwerbstätige). Die kleinste Gruppe der atypisch Beschäftigten stellten – obwohl ihre Zahl in den letzten Jahren deutlich zugenommen hat – mit 610 000 Erwerbstätigen die Zeitarbeitnehmerinnen und Zeitarbeitnehmer.

Im Jahr 2006 verdienten nach den Ergebnissen der Verdienststrukturerhebung atypisch Beschäftigte je Stunde im Schnitt ein Drittel weniger als Normalbeschäftigte. Dabei unterschieden sich die durchschnittlichen Bruttostundenverdienste bei den einzelnen Formen atypischer Beschäftigung teilweise beträchtlich. Entsprechend höher war unter den atypisch Beschäftigten der Anteil der Niedriglohnbezieher: Nach internationaler Definition beziehen diejenigen einen Niedriglohn, deren Stundenverdienst weniger als zwei Drittel des Durchschnittsverdienstes aller Beschäftigten beträgt. Fast die Hälfte der atypisch Beschäftigten (49,2%) bezog im Jahr 2006 nach dieser Definition einen Niedriglohn. Demgegenüber erhielten nur 11,1% der Personen in einem Normalarbeitsverhältnis einen Verdienst unter der Niedriglohnschwelle (2006: 9,85 Euro je Stunde).

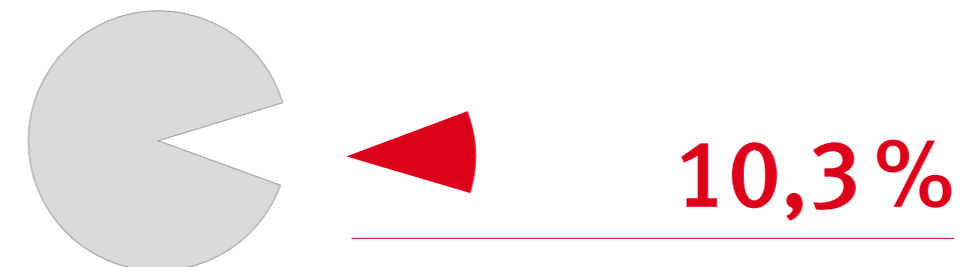
Für die Einkommenssituation einer Person sind neben dem Verdienst weitere Faktoren ausschlaggebend, wie die Höhe der zu zahlenden Steuern und Abgaben, der Bezug sozialer Transferleistungen und die Zusammensetzung des Haushalts, in dem sie lebt. Vor diesem Hintergrund muss eine Tätigkeit mit einem niedrigen Bruttostundenverdienst nicht zwangsläufig zu Armutsgefährdung führen. Wird das von der Europäischen Union verwendete

ARMUTSGEFÄHRDETE ERWERBSTÄTIGE NACH ERWERBSFORM

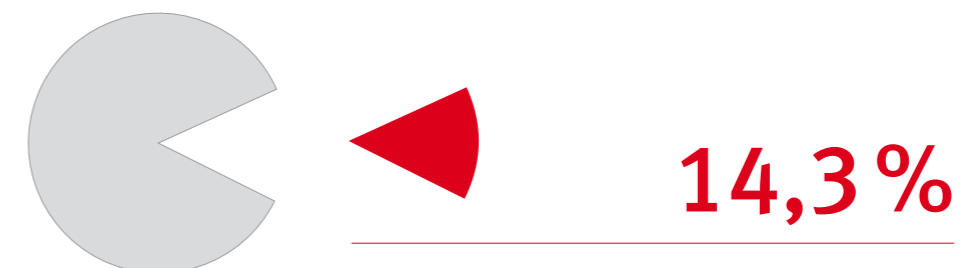
Normalarbeitnehmer/-innen



Solo-Selbstständige



atypisch Beschäftigte



Konzept der Armutsgefährdung zugrundegelegt, waren Personen in einem Normalarbeitsverhältnis am wenigsten armutsgefährdet: Nur 3,2% von ihnen mussten mit weniger als 60% des mittleren Einkommens auskommen, während sich für atypisch Beschäftigte (14,3%) und Solo-Selbstständige (10,3%) ein deutlich höheres Armutsrisiko ergab. Die Armutsgefährdungsquoten unterscheiden sich in Abhängigkeit von der Haushaltszusammensetzung sehr stark: Waren sie Alleinverdiener, waren 30,3% der atypisch Beschäftigten und 17,8% der Solo-Selbstständigen armutsgefährdet. Lebte ein Normalbeschäftigter mit im Haushalt, lagen die Anteile nur bei 2,8 bzw. 2,0%.

Armutsgefährdung
Ergebnisse und methodische
Erläuterungen zu Armuts-
und Sozialindikatoren, Daten-
quellen und Berechnungsver-
fahren stehen unter
www.amtliche-sozialbericht-erstattung.de.



Armutsgefährdung in den Bundesländern

Aus einem gemeinsamen Projekt der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder wurden 2009 erstmals bundesweit vergleichbare Daten zu Armut und sozialer Ausgrenzung veröffentlicht. Die Informationen werden im Rahmen der „Sozialberichterstattung der amtlichen Statistik“ laufend aktualisiert und im Internet zur Verfügung gestellt. Damit wird dem wachsenden Bedarf an vergleichbaren Sozialindikatoren auf Bundes- und Länderebene Rechnung getragen.

Armut und soziale Ausgrenzung werden dabei in mehreren Dimensionen erfasst: Einkommensarmut und Einkommensverteilung, Abhängigkeit von Leistungen der sozialen Mindestsicherung, Qualifikationsniveau und Erwerbsbeteiligung. Die Grundlagen der Berechnungen bilden der Mikrozensus sowie die Statistiken zu den sozialen Mindestsicherungssystemen.

2007 war in Deutschland ein Siebtel der Bevölkerung (14,3%) armutsgefährdet. Das Einkommen dieser Personen betrug weniger als 60% des mittleren Einkommens (Median) der Bevölkerung. Insbesondere zwischen Ost und West gibt es deutliche Unterschiede: Während in den neuen Ländern (einschließlich Berlins) 19,5% der Bevölkerung armutsgefährdet waren, lag die Quote im früheren Bundesgebiet (ohne Berlin) mit 12,9% deutlich niedriger.

Am höchsten war das Armutsrisiko in Mecklenburg-Vorpommern und in Sachsen-Anhalt: Dort war annähernd ein Viertel (24,3%) bzw. gut ein Fünftel (21,5%) der Bevölkerung von Armut bedroht. In den südlichen Bundesländern Baden-Württemberg (10,0%) und Bayern (11,0%) traf dies nur auf rund ein Zehntel der Bevölkerung zu.

Besonders Erwerbslose sowie Alleinerziehende und deren Kinder sind von Armut bedroht. Auch hier sind im Ländervergleich erhebliche Unterschiede festzustellen: In Berlin waren 28,6% der Personen in Haushalten von Alleinerziehenden armutsgefährdet, in Sachsen-Anhalt traf dies auf mehr als die Hälfte (53,7%) der in solchen Haushalten lebenden Personen zu. Die Armutsgefährdungsquote der Erwerbslosen wies in Baden-Württemberg (40,3%) ihren niedrigsten, in Sachsen-Anhalt (66,0%) ihren höchsten Wert auf.



Einkommensunterschiede
Der Bruttostundenverdienst von Frauen lag im öffentlichen Bereich im vierten Quartal 2008 um rund 7% unter dem ihrer männlichen Kollegen. In der Privatwirtschaft ist der Verdienstabstand zwischen Männern und Frauen mit rund 23% etwa dreimal so hoch.

Neue Studien zum Verdienstunterschied zwischen Frauen und Männern und zum Niedriglohn

Im Rahmen eines vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend geförderten Projektes wurden erstmals die Verdienstunterschiede von Männern und Frauen im öffentlichen Bereich und in der Privatwirtschaft auf Basis amtlicher Statistiken verglichen. Bislang waren solche Untersuchungen nicht möglich, da eine geeignete Datengrundlage fehlte. Mit Integration der Daten der Personalstandstatistik in die vierteljährliche Verdiensterhebung können ab dem ersten Quartal 2007 die Verdienste differenziert nach privatem und öffentlichem Sektor analysiert werden.

Die wichtigsten Projektergebnisse lassen sich wie folgt zusammenfassen: Der Bruttostundenverdienst von Frauen lag im öffentlichen Bereich im vierten Quartal 2008 um rund 7% unter dem ihrer männlichen Kollegen. In der Privatwirtschaft ist der Verdienstabstand zwischen Männern und Frauen mit rund 23% etwa dreimal so hoch. Die Differenzen zwischen beiden Bereichen lassen sich unter anderem auf Unterschiede in der Qualifikationsstruktur der Beschäftigten zurückführen. So sind in der privaten Wirtschaft Frauen in leitenden Positionen verglichen mit Männern eher unterrepräsentiert, während im öffentlichen Bereich der Anteil der herausgehobenen Fach- und Führungskräfte an allen erwerbstätigen Frauen annähernd mit dem entsprechenden Anteil bei Männern übereinstimmt. Ein ausführlicher Ergebnisbericht „Verdienstunterschiede von Frauen und Männern im öffentlichen Dienst und in der Privatwirtschaft“ steht im Internetangebot des Bundesministeriums für Familie, Frauen, Senioren und Jugend zur Verfügung.

Die Daten der Verdienststrukturerhebung zum Berichtsjahr 2006 erlaubten erstmals umfassende Studien zum Thema Niedriglohn. Das Statistische Bundesamt stellte die wichtigsten Ergebnisse im Jahr 2009 auf zwei Pressekonferenzen vor: Danach erhielten im Oktober 2006 rund 16% der Vollzeitbeschäftigten einen Niedriglohn, das heißt einen Bruttomonatsverdienst von weniger als 1 800 Euro. Im internationalen Vergleich lag Deutschland damit im Mittelfeld.

Besonders hoch war der Anteil von Beschäftigten mit Niedriglohn in den Branchen Friseur- und Kosmetiksalons (85%), Betrieb von Taxis (82%) und Leiharbeit (77%). Frauen (24%) hatten ein doppelt so hohes Niedriglohnrisiko wie Männer (12%). Personen ohne Berufsausbildung (25%) waren stärker gefährdet als solche mit Berufsausbildung (14%) oder Hochschulabsolventen (4%).



Indizes und Messzahlen auf Basis 2005 umgestellt

Zu Beginn des Jahres 2009 wurden die Indizes der Erzeugerpreise, der Ein- und Ausführpreise und der Großhandelsverkaufspreise auf das neue Basisjahr 2005 umgestellt. Eine solche Umstellung der Indizes erfolgt regelmäßig im Abstand von fünf Jahren.

Da die Wägungsanteile der verschiedenen Güterklassen die aktuellen Gütermarktstrukturen des jeweiligen Marktes widerspiegeln sollen, müssen sie regelmäßig angepasst werden. Dies geschieht im Rahmen der Indexrevision. Darüber hinaus werden bei der Indexrevision die Berichtsstellen- und die Güterstichprobe überarbeitet, um sie ebenfalls an die veränderten Marktstrukturen anzupassen.

Zusätzlich zu den üblichen Umstellungsarbeiten wurden die Erzeuger- und die Außenhandelspreisstatistik auf das neue Güterverzeichnis für Produktionsstatistiken, Ausgabe 2009, umgestellt. In der aktuellen Fassung des Güterverzeichnisses wurden Änderungen wichtiger internationaler Referenzklassifikationen berücksichtigt. Die Großhandelsverkaufspreisstatistik nutzt nun die Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008.

Mit dem Berichtsmonat Januar 2009 wurden auch die Produktions-, Auftragseingangs- und Umsatzindizes im Produzierenden Gewerbe auf das neue Basisjahr 2005 umgestellt. Zeitgleich erfolgte hier ebenfalls die Einführung der neuen Klassifikation der Wirtschaftszweige (WZ 2008) und des neuen Güterverzeichnisses für Produktionsstatistiken (GP 2009). Die Neufassungen der Klassifikationen prägten in starkem Maße die methodischen Verfahren zur Umstellung der Indizes im Produzierenden Gewerbe auf das neue Basisjahr.

Die Berechnungsweise der Indizes blieb konzeptionell unverändert. Für längerfristige Analysen wurde – je nach Verfügbarkeit der Daten – eine Rückrechnung der Indizes bis zum Berichtsmonat Januar 1991 durchgeführt.

Als weitere wichtige Konjunkturindizes wurden die Messzahlen der Handels- und Gastgewerbestatistiken auf das neue Basisjahr 2005 und die WZ 2008 umgestellt. Lücken in den bestehenden Zeitreihen wurden geschlossen, sodass den Nutzern in den Bereichen Binnenhandel und Gastgewerbe nun Messzahlen über Umsätze und Beschäftigte von 1994 bis an den aktuellen Rand zur Verfügung stehen. Außerdem wurde die Konsistenz der Zeitreihen verbessert und das Datenangebot nutzerorientiert ausgebaut. Die Herausrechnung der Mehrwertsteuer aus der Berechnung der Einzelhandelspreisindizes rundete die methodischen Verbesserungen ab. Die reale Umsatzentwicklung im Einzelhandel wird nunmehr realistischer abgebildet.

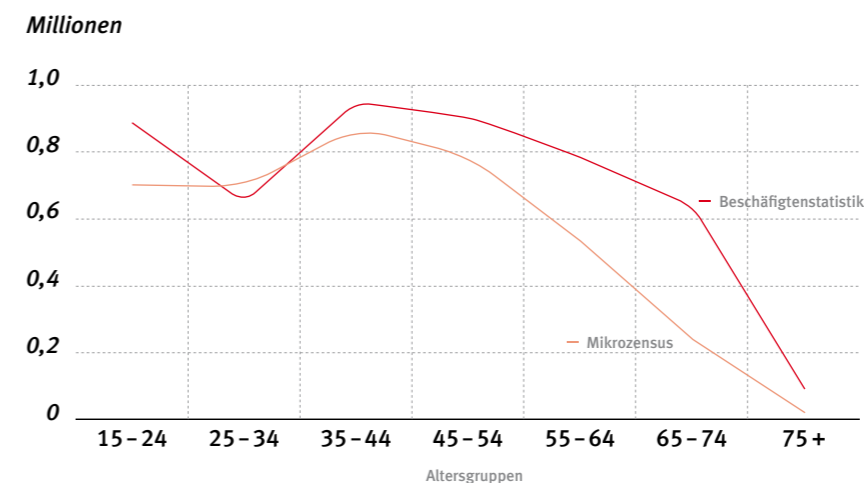
Kohärente Daten zum Arbeitsmarkt

Die Arbeitsmarktberichterstattung des Statistischen Bundesamtes stützt sich auf eine Vielzahl unterschiedlicher Statistiken. Neben Ergebnissen aus Befragungen (wie dem Mikrozensus) werden dabei auch solche aus registergestützten Statistiken (wie der Beschäftigtenstatistik der Bundesagentur für Arbeit) oder aus Gesamtrechnungssystemen (wie der Erwerbstätigenrechnung) verwandt. Dabei kann es vorkommen, dass Ergebnisse aus unterschiedlichen Quellen zum gleichen Tatbestand voneinander abweichen. Derartige Abweichungen können durch definitorische Unterschiede verursacht sein; meist beruhen sie jedoch auf Unterschieden der zur Datengewinnung eingesetzten Methoden und Verfahren. Die Kohärenz der Ergebnisse verschiedener Statistiken zu verbessern, hat in der amtlichen Statistik einen hohen Stellenwert.

Deshalb hat das Statistische Bundesamt in den letzten Jahren die Ursachen aufgetretener Abweichungen verstärkt untersucht, um die Nutzer hierüber umfassend informieren zu können. So wurde im Jahr 2009 als Resultat einer eigens durchgeführten Nachbefragung ein ausführlicher Bericht zu den Hintergründen der Ergebnisabweichungen bei zentralen Arbeitsmarktindikatoren veröffentlicht. Damit hat die amtliche Statistik in Deutschland weitreichender als die meisten anderen nationalen Statistikämter internationale Empfehlungen in diesem Bereich umgesetzt.

Nach Ergebnissen der Erwerbstätigenrechnung gab es in Deutschland im Jahr 2008 beispielsweise 40,2 Millionen Erwerbstätige. Gegenüber dem Mikrozensus (38,7 Millionen Erwerbstätige) waren dies 1,5 Millionen Erwerbstätige mehr. Die Untersuchungen haben ergeben, dass in diesem Fall überwiegend Unterschiede bei der Datengewinnung zu den

GERINGFÜGIG BESCHÄFTIGTE IN MIKROZENSUS UND BESCHÄFTIGUNGSSTATISTIK 2008



Abweichungen beitragen. So ist die Erfassung von kleineren Jobs und Nebentätigkeiten, etwa von Schülerinnen und Schülern, Studierenden sowie Personen im Ruhestand, in einer Haushaltsbefragung wie dem Mikrozensus problematisch. Dies belegt auch ein Vergleich mit der Beschäftigtenstatistik: Der Mikrozensus weist in den entsprechenden Altersgruppen deutlich weniger geringfügig Beschäftigte nach.

Neben der besseren Information über die Gründe von Ergebnisabweichungen arbeitet das Statistische Bundesamt auch an methodischen Verbesserungen, um solche Ergebnisabweichungen zu verringern. Insbesondere beim Mikrozensus konnten hier in den letzten Jahren große Fortschritte erzielt werden. In den kommenden Jahren sind weitere Untersuchungen zur Erfassung der geringfügigen Beschäftigung und Verbesserungen bei der Datengewinnung geplant.



Wasser- und Abwasserentgelte in Deutschland

Wie viel kostet für private Haushalte im Durchschnitt ein Kubikmeter Wasser? Welche anderen Entgelte fallen für die Wassernutzung in Deutschland an? Wie stark hängen die Wasserkosten vom Verbrauch ab? Antworten auf diese Fragen interessieren nicht nur viele Bürgerinnen und Bürger beim Blick auf die eigene Wasserrechnung. Sie dienen auch als politische Entscheidungshilfe bei Maßnahmen zum Gewässerschutz, beispielsweise bei der Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie der Europäischen Union. Nach dieser Richtlinie sind unter anderem umfangreiche ökonomische Analysen zu den Preisen und Kosten der Wassernutzung durchzuführen.

Mit der Erhebung der Wasser- und Abwasserentgelte, die seit dem Berichtsjahr 2007 alle drei Jahre durchgeführt wird, verfügt die amtliche Umweltstatistik über ein Instrument zur Beantwortung solcher Fragen. Erfasst werden dabei die haushaltsüblichen Wasser- und Abwasserentgelte im Berichtsjahr und in den zwei vorangegangenen Jahren.

Im Jahr 2007 kostete ein Kubikmeter Trinkwasser bei Abgabe an private Haushalte im bundesweiten Durchschnitt 1,60 Euro. Die Trinkwassergrundgebühr lag bei durchschnittlich 61,56 Euro im Jahr. Neben den Trinkwasserentgelten wurden im Regelfall in den Gemeinden auch Gebühren für die Behandlung des Abwassers erhoben. Für den Verbrauch eines Kubikmeters Wasser zahlten deutsche Haushalte im Jahr 2007 ein durchschnittliches Abwasserentgelt von 2,29 Euro. Die durchschnittliche jährliche Grundgebühr betrug 13,15 Euro. Für die Niederschlagsmenge, die nicht im Boden versickert, sondern der Kanalisation zugeführt wird, fällt in einigen Gemeinden zusätzlich ein flächenbezogenes Niederschlagswasserentgelt an. Dieses Entgelt lag im Jahr 2007 im bundesweiten Durchschnitt bei 0,41 Euro je Quadratmeter versiegelter Fläche.

Damit belief sich die kombinierte Trinkwasser- und Abwasserrechnung im Jahr 2007 für einen Zwei-Personen-Modellhaushalt mit einem Wasserverbrauch von 80 Kubikmetern im Bundesdurchschnitt auf etwa 419 Euro.

Erste Ergebnisse zu auslandskontrollierten Unternehmen

Grenzüberschreitende Unternehmensbeteiligungen werden eng mit dem Begriff der Globalisierung verknüpft; ihr Nachweis gewinnt zunehmend an Bedeutung. Erste Daten über auslandskontrollierte Unternehmen konnte das Statistische Bundesamt bei Projektarbeiten im Rahmen der Verordnung der Europäischen Union über die Struktur und Tätigkeit von Auslandsunternehmenseinheiten ermitteln.

Die im Frühjahr 2009 erstmals veröffentlichten Ergebnisse zeigten die hohe wirtschaftliche und arbeitsmarktpolitische Bedeutung der auslandskontrollierten Unternehmen in Deutschland. Rund ein Fünftel der gesamten Wertschöpfung der Industrie wurde 2006 in Deutschland von Unternehmen erbracht, die zu einer Muttergesellschaft mit Sitz im Ausland gehörten. In der nichtfinanziellen gewerblichen Wirtschaft, zu der neben der Industrie das übrige Produzierende Gewerbe sowie der Handel und der Dienstleistungsbereich ohne Kredit- und Versicherungswirtschaft gehören, standen 2006 rund 20 000 Unternehmen unter ausländischer Kontrolle. Diese Unternehmen machten zwar nur 1 % aller Unternehmen der nichtfinanziellen gewerblichen Wirtschaft aus, erzielten jedoch insgesamt 14 % der Bruttowertschöpfung.

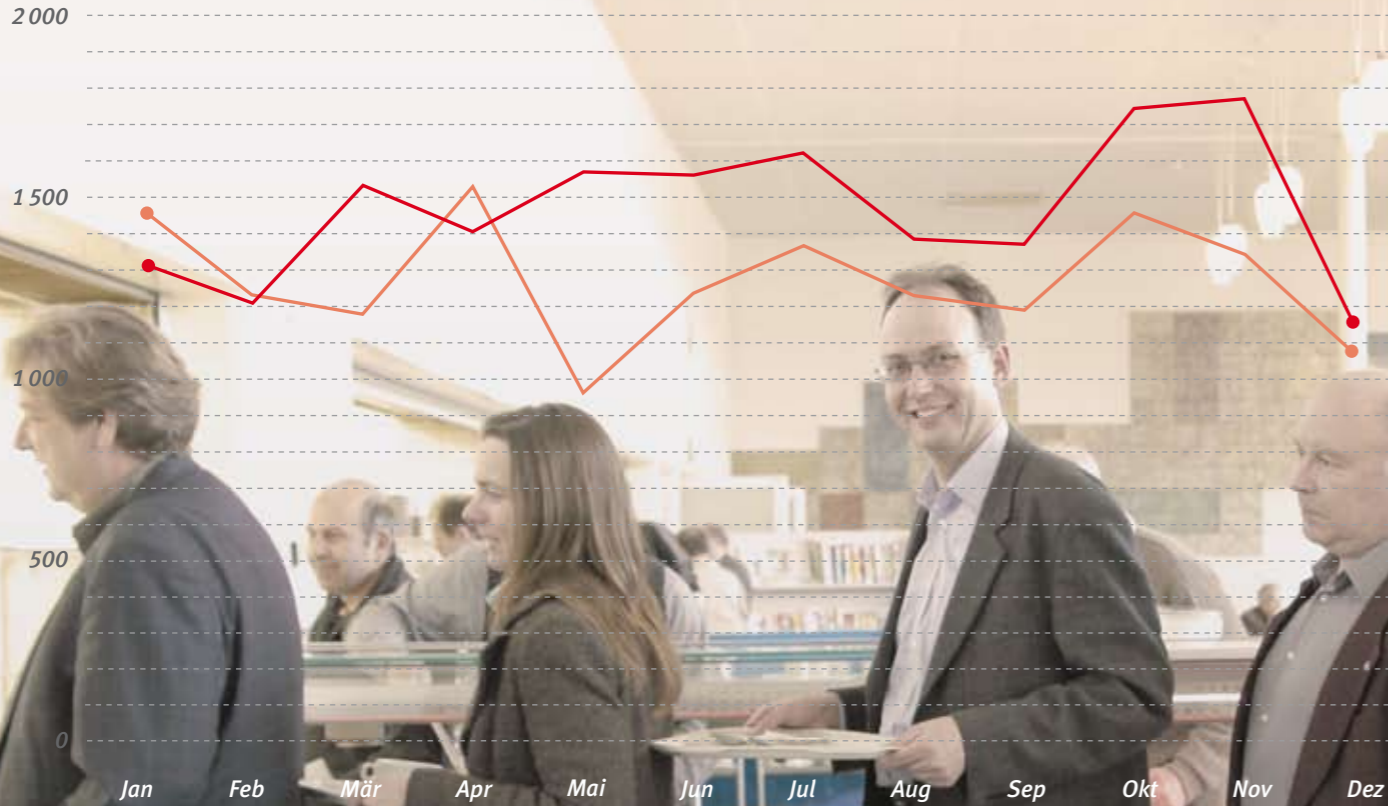
Ausländische Kontrolle stammt überwiegend aus dem europäischen Wirtschaftsraum, bei 73 % der Unternehmen liegt der Sitz der Muttergesellschaft in Europa, bei 58 % im gemeinsamen Wirtschaftsraum der Europäischen Union. Kein europäisches Land hat dabei aber für sich genommen eine so hohe Bedeutung wie die Vereinigten Staaten: 15 % der auslandskontrollierten Unternehmen in Deutschland wurden von dort ansässigen Muttergesellschaften kontrolliert, an der Wertschöpfung aller auslandskontrollierten Unternehmen hatten die aus den Vereinigten Staaten kontrollierten Unternehmen einen Anteil von 24 %.

Die Ergebnisse zu den auslandskontrollierten Unternehmen werden künftig jährlich europaweit im Rahmen der Foreign Affiliates Statistics (FATS) gesammelt. Das Statistische Bundesamt hat hierbei ein absolut belastungsfreies Verfahren gewählt: Die Daten für die Unternehmen unter ausländischer Kontrolle werden aus bereits vorhandenen Strukturdaten dieser Unternehmen und aus Informationen der Unternehmensgruppendatenbank zusammengestellt. Mittelfristig wird auch ein europäisches Register für multinationale Unternehmensgruppen zur Erstellung von Ergebnissen über Unternehmensverflechtungen genutzt werden können. Ziel bleibt eine belastungsfreie Datenermittlung.





● 2008 15 106
● 2009 17 601



**VEGETARISCHE GERICHTE,
DIE IN DER KANTINE GEGESSEN
WURDEN**

Personal und Haushalt

Personalstruktur im Wandel

2 703 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter hatte das Statistische Bundesamt im Oktober 2009. Am Hauptsitz in Wiesbaden waren 1 977 und in der Zweigstelle Bonn 701 Beschäftigte tätig. Ein Team von 25 Statistikern arbeitete in der Berliner Informationsstelle (i-Punkt) des Statistischen Bundesamtes, zu der der EDS Europäischer Datenservice und die internationale Statistik gehören.

Zwischen Januar 2000 (3 008 Beschäftigte) und Januar 2009 (2 721 Beschäftigte) ist die Zahl der Beschäftigten des Statistischen Bundesamtes um 287 Personen oder 9,5 % zurückgegangen. Davon waren aber nicht alle Laufbahngruppen gleichermaßen betroffen. Seit einigen Jahren werden zunehmend mehr Aufgaben mit wissenschaftlichem Charakter an das Statistische Bundesamt gestellt. Ziel des Hauses ist es daher, seine Stellenstruktur diesem Aufgabenwandel sukzessive anzupassen. So stieg der Anteil der Stellen im höheren Dienst an allen Stellen von 10,7 % im Jahr 2000 auf 18,0 % im Jahr 2009. Die Zahl der Stellen im mittleren Dienst hat sich dagegen im gleichen Zeitraum um 46,2 % verringert. Dieser Trend wird sich auch in den nächsten Jahren fortsetzen. Korrespondierend stieg der Anteil der Beschäftigten im höheren Dienst an allen Beschäftigten im oben genannten Zeitraum von 10,6 auf 16,6 %, während der Anteil der Beschäftigten im mittleren Dienst von 52,8 auf 42,4 % sank. Der Anteil der Teilzeitbeschäftigten an allen Beschäftigten im Statistischen Bundesamt beträgt 20,5 % (Stand Januar 2009).

Das Statistische Bundesamt bietet darüber hinaus Ausbildungsplätze für verschiedene Berufe an: Im Oktober 2009 befanden sich 116 junge Menschen in der Ausbildung zur/zum Fachangestellten für Bürokommunikation, zur/zum Fachangestellten für Markt- und Sozialforschung oder zur Fachinformatikerin/zum Fachinformatiker.

BESCHÄFTIGTE UND MITARBEITERKAPAZITÄTEN (MAK) NACH LAUFBAHNGRUPPEN UND GESCHLECHT

Laufbahngruppen		Insgesamt	Männer		Frauen	
Höherer Dienst	Anzahl	465	269	57,8%	196	42,2%
	MAK	410,2	242,9	59,2%	167,3	40,8%
Gehobener Dienst	Anzahl	939	473	50,4%	466	49,6%
	MAK	842,5	457,2	54,3%	385,3	45,7%
Mittlerer Dienst	Anzahl	1125	360	32,0%	765	68,0%
	MAK	860,3	329,5	38,3%	530,7	61,7%
Einfacher Dienst	Anzahl	58	40	69,0%	18	31,0%
	MAK	53,1	38,5	72,5%	14,6	27,5%
Auszubildende	Anzahl	116	46	39,7%	70	60,3%
	MAK	116	46	39,7%	70	60,3%
Insgesamt	Anzahl	2703	1188	44,0%	1515	56,0%
	MAK	2282,0	1114,1	48,8%	1167,9	51,2%



Aus- und Fortbildung

Regelmäßige Fortbildung ist wichtig und daher auch fester Bestandteil der strategischen Ziele „fit 2012“ des Statistischen Bundesamtes. Ein laufend aktualisiertes Fortbildungsprogramm unterstützt die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dabei, ihre Qualifikation und Kompetenz im Zuge des technischen Fortschritts oder zur Vorbereitung auf neue Tätigkeiten zu erweitern sowie an neue Erfordernisse anzupassen. Neu eingestellte Kolleginnen und Kollegen lernen in der Einführungsfortbildung die amtliche Statistik und das Statistische Bundesamt als Organisation kennen. Führungskräfte erlernen Techniken zur kooperativen und motivierenden Mitarbeiterführung. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in international ausgerichteten Bereichen optimieren durch Sprachfortbildung ihre Englischkenntnisse. Das Statistische Bundesamt kooperiert in der Fachfortbildung mit allen Statistischen Landesämtern und ist Standortpartner der Bundesakademie für öffentliche Verwaltung.

Im Jahr 2009 wurde das Fortbildungsangebot in Wiesbaden und Bonn rege genutzt. Jeder Amtsangehörige hat durchschnittlich drei Tage an hauseigenen und externen Fortbildungsmaßnahmen teilgenommen. Insgesamt wurden nahezu 500 verschiedene Veranstaltungen durchgeführt.

Seit über 30 Jahren bietet das Statistische Bundesamt jungen Menschen eine qualifizierte Berufsausbildung im Informations- und Dienstleistungsbereich an. Trotz der damit verbundenen finanziellen und personellen Belastung konnte das Statistische Bundesamt im Jahr 2009 42 neuen Auszubildenden eine Lehrstelle zur Verfügung stellen. Insgesamt wurden im Statistischen Bundesamt im Jahr 2009 116 junge Menschen in den Berufsbildern „Fachangestellte(r) für Bürokommunikation“, „Fachangestellte(r) für Markt- und Sozialforschung“ und „Fachinformatiker(in) – Anwendungsentwicklung“ ausgebildet.

Fortbildung und Teilnehmende 2009

Fortbildungen im Statistischen Bundesamt	253
Teilnehmende	rd. 3 000
Ø Fortbildungstage je Beschäftigten	3,1 Tage

Auszubildende 2009

- › Fachinformatiker/-innen
- › Fachangestellte für Bürokommunikation
- › Fachangestellte für Markt- und Sozialforschung

Auszubildende insgesamt	116
davon in der Zweigstelle Bonn	49
davon aus dem Einstellungsjahr 2009	42

Sozialberatung und Gesundheitsförderung im Statistischen Bundesamt

Betriebssport im Statistischen Bundesamt

Sportart	Personen
Tischtennis Wiesbaden	60
Fußball I Wiesbaden	15
Fußball II Wiesbaden	20
Schach Wiesbaden	20
Fußball Bonn	14
Lauftreff Wiesbaden	14
Bowling Wiesbaden	12
Volleyball Wiesbaden	12
Basketball Wiesbaden	10
Badminton Wiesbaden	8-16
Badminton Bonn	6-9
Walking Bonn	5
Lauftreff Bonn	4-7
Tischtennis Bonn	2-5
Drachenboot Wiesbaden	20
Chase Lauf Wiesbaden	50-60
Firmenlauf	60
Insgesamt	max. 359 Pers.

Anfang 2007 hat das Statistische Bundesamt eine Sozialberatung eingerichtet, die alle Amtsangehörigen bei beruflichen Konflikten sowie sozialen Fragen und Problemstellungen in Anspruch nehmen können. Die betriebliche Sozialberatung soll zu einem positiven, leistungsfördernden Arbeitsklima für alle Beschäftigten beitragen. Zu den Tätigkeitsbereichen gehören Beratung, Kooperationen mit internen Stellen und Interessenvertretungen, externe Kooperationen und Vermittlungen zu Fachberatungsstellen.

Das Beratungsangebot kann von Beschäftigten, Auszubildenden, Führungskräften, Pensionären, Rentnerinnen und Rentnern und Angehörigen von aktiven oder ehemaligen Beschäftigten in Anspruch genommen werden. Angeboten werden Beratungen für Einzelne oder für Gruppen, zum Beispiel für Führungskräfte und deren Beschäftigte. Für Führungskräfte gibt es zusätzlich ein Coaching-Angebot.

Schwerpunkt der Arbeit ist die lösungsorientierte Beratung. Mit den Betroffenen werden Handlungsalternativen erarbeitet, die eine neue Sichtweise auf die Problemsituation zulassen. Beratungen und Gespräche wurden seit 2007 hauptsächlich zu folgenden Themen geführt:

- › Konflikte und Probleme am Arbeitsplatz
- › Sucht
- › persönliche/familiäre Themen
- › Gesundheit
- › psychische Themen, Erkrankung, Auffälligkeiten.

Im Jahr 2007 leistete die Sozialberatung Hilfe in 80 Beratungseinzelfällen. 2009 gab es bereits 141 Beratungseinzelfälle, darunter 25 mit Führungskräften. 89 der Hilfesuchenden im Jahr 2009 waren Frauen (2007: 38), 52 Männer (2007: 42). Prävention und Gesundheitsförderung leisten einen wichtigen Beitrag zur Erhaltung und Verbesserung des Gesundheitszustandes. Sie stehen deshalb im Mittelpunkt des Personalmanagements des Statistischen Bundesamtes. Als präventive Maßnahmen werden den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern unter anderem angeboten:

- › jährliche Gesundheitstage in Wiesbaden, Bonn und Berlin,
- › Gesundheitskurse (beispielsweise Rückenschule, Pilates-Methode, progressive Muskelrelaxation nach Jacobson) im Rahmen der Fortbildung,
- › regelmäßige Kurzveranstaltungen zu gesundheitlichen Themen,
- › Betriebssport (mehr als zehn Sparten).

Darüber hinaus werden Blutuntersuchungen, Blutspendeaktionen und Gripeschutzimpfungen durchgeführt. Zudem wird die Ausbildung von betrieblichen Ersthelfern und Ersthelferinnen gefördert und regelmäßig Auffrischkurse angeboten. Der das Statistische Bundesamt betreuende Arbeitsmediziner sowie eine Fachkraft für Arbeitssicherheit sind dabei wichtige Partner.

Gesundheit!

Die Gesundheitstage im Statistischen Bundesamt wurden gut besucht. Für das Personalmanagement ist die Gesundheitsförderung und Sozialberatung ein wichtiger Teil der Personalbetreuung.



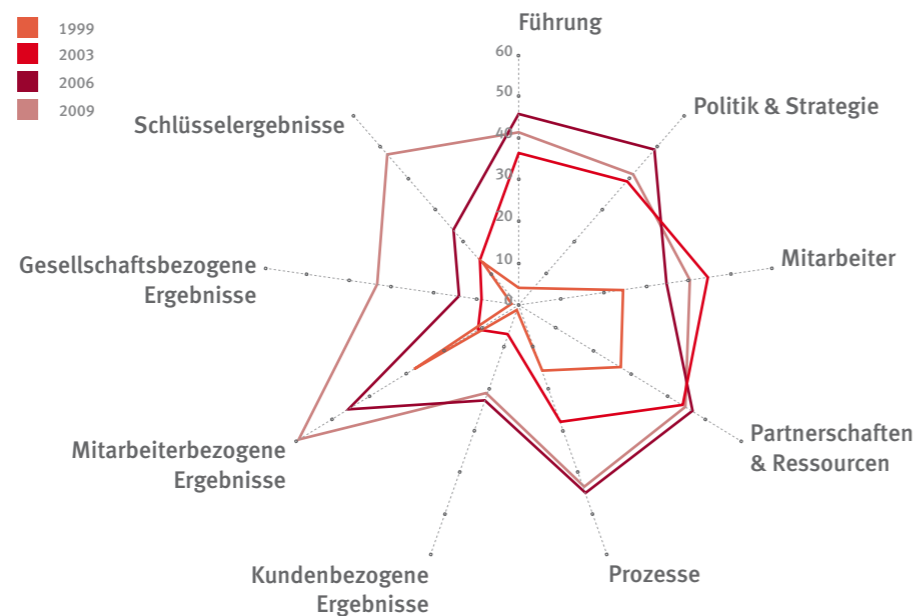
Qualitätsoffensive Statistik: Ergebnisse der EFQM-Bewertung 2009

Schon Ende der 1990er-Jahre wurde mit der Qualitätsoffensive Statistik im Statistischen Bundesamt ein umfassendes Qualitätsmanagementkonzept auf den Weg gebracht, um die Wirksamkeit der Führungs- und Steuerungsinstrumente und der getroffenen Maßnahmen zu überprüfen.

Nach 1999, 2003 und 2006 wurde im Jahr 2009 die vierte organisationsweite Qualitätsbewertung nach dem Excellence Modell der Europäischen Stiftung (Foundation) für Qualitätsmanagement (EFQM) durchgeführt. Die EFQM-Selbstbewertungen dienen der Diagnose des erreichten Qualitätsstandes im Rahmen einer ganzheitlichen Betrachtung der Organisation. Hierbei wird der Qualitätsgrad auf der Basis der Teilkriterien des EFQM-Modells durch die Führungsebene des Hauses bewertet, Stärken und Verbesserungspotenziale werden herausgearbeitet und anschließend priorisiert.

Die Ergebnisse zeigen über die vier Bewertungszyklen hinweg, dass sich die organisationsweit erreichte Qualität im Statistischen Bundesamt deutlich verbessert hat (siehe Abbildung). Eine im Juli 2009 erfolgte Fremdbewertung diente – wie üblich – der Verifizierung der Ergebnisse der Selbstbewertung.

ERGEBNISSE DER EFQM-BEWERTUNGEN IN PROZENT



Mitarbeiterbefragung 2009: „Meinung sagen – Impulse geben“

Die Mitarbeiterbefragung im Statistischen Bundesamt trägt als Führungs- und Steuerungsinstrument im Rahmen der „Qualitätsoffensive Statistik“ dazu bei, mitarbeiterbezogene Ergebnisse (beispielsweise die Wahrnehmung der Organisation durch die Beschäftigten) als eines der Kriterien des EFQM-Modells (siehe Beitrag Qualitätsoffensive Statistik) abzubilden und im Zeitablauf zu verbessern.

Weiterhin hat die Mitarbeiterbefragung als Instrument der Personalentwicklung im Statistischen Bundesamt das Ziel, die Mitarbeiterzufriedenheit im Amt widerzuspiegeln und Verbesserungspotenziale sowie Ansatzpunkte für entsprechende Maßnahmen aufzuzeigen und somit die Effizienz zu erhöhen.

Nach 2005 und 2007 hatten die Beschäftigten des Statistischen Bundesamtes im Februar 2009 erneut die Gelegenheit, sich an einer Mitarbeiterbefragung zu beteiligen. 69% der Beschäftigten folgten dem Aufruf, online ihre Meinung zu sagen und Impulse zu geben. Bewertet wurden Aspekte der alltäglichen Arbeit (wie zum Beispiel Arbeitsplatzbedingungen, Entwicklungsmöglichkeiten oder Vorgesetztenverhalten).

Die Ergebnisse wurden für Gruppen, Abteilungen und das Amt insgesamt ausgewertet. Die bereitgestellten Berichte ermöglichten, nicht nur die aktuelle Situation, sondern auch die Veränderungen im Zeitverlauf zu beobachten. Viele Themen, die die Mitarbeiterbefragung aufgreift, zeigten im Vergleich zu 2005 und 2007 bei der Befragung 2009 eine positive Entwicklung oder ein gleichbleibend hohes Niveau, aber auch auf kritische Aspekte wurde aufmerksam gemacht.

Um die Interpretation der Ergebnisse zu erleichtern, fanden zeitnah zur Veröffentlichung der Berichte Kurzveranstaltungen für Beschäftigte, Personalvertretungen sowie Führungskräfte in Wiesbaden, Bonn und Berlin statt. Dabei lag der Schwerpunkt auf einer kompakten Vermittlung zentraler Themenbereiche und auf allgemeinen Tipps zum Umgang mit den Ergebnissen im eigenen Arbeitsbereich. Das Angebot der Kurzveranstaltungen stieß bei allen Zielgruppen auf großes Interesse und regte wertvolle Diskussionen zu Themenbereichen mit Verbesserungspotenzial an.

Anregungen für mögliche Handlungsfelder wurden gebündelt an die Amtsleitung weitergegeben, die im Austausch mit den Abteilungen Folgemaßnahmen konkretisiert.

„Arbeitssteam Konjunkturmonitor“ erhält den Innovationspreis 2009

Der Innovationspreis des Statistischen Bundesamtes wurde im Jahr 2009 von der Jury aus Mitgliedern des Statistischen Beirates an das Arbeitssteam Konjunkturmonitor für die Arbeit „Der Konjunkturmonitor. Eine interaktive Anwendung auf der Homepage des Statistischen Bundesamtes“ vergeben. Gemeinsam mit den Jurymitgliedern überreichte Präsident Roderich Egeler den Preis bei der Jahrestagung des Statistischen Beirates im Juni 2009.



Innovationspreis 2009

Am 16. Juni wurde im Rahmen der Sitzung des Statistischen Beirates der Innovationspreis 2009 verliehen.

Von links nach rechts

Das Arbeitssteam, das den interaktiven Konjunkturmonitor entwickelt hat: Dr. Norbert Herbel, Jörg Keseberg, Tanja Raschke, Jürgen Kiekenbeck.



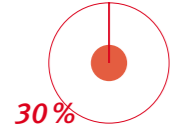
Alle zwei Jahre prämiert das Statistische Bundesamt mit einem Innovationspreis Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die herausragende Produkte entwickelt und zur Anwendung geführt haben.

Der Konjunkturmonitor bildet die Bewegung von ausgewählten Konjunkturindikatoren in einem Quadrantensystem ab. Nutzer und Nutzerinnen können sich den Wirtschaftskreislauf und dessen Bestimmungsfaktoren interaktiv und benutzerfreundlich erschließen. Welche Phase ein oder mehrere Indikatoren gerade durchlaufen, wird in einer Animation ansprechend dargestellt. Der Konjunkturmonitor bietet somit einen echten Mehrwert bei der Visualisierung statistischer Ergebnisse. Durch die Nutzung vorhandener Datenbanken sind Pflege und Aktualisierung effizient gestaltet und der medienbruchfreie Datentransfer stellt fehlerfreie Werte sicher.

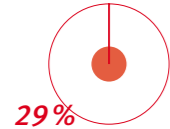
Gleichstellungsplan 2008 bis 2011

Frauen mit minderjährigen Kindern im Statistischen Bundesamt 2009

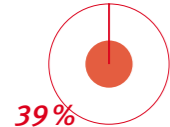
Höherer Dienst



Gehobener Dienst



Einfacher/Mittlerer Dienst



Das im Dezember 2001 in Kraft getretene Bundesgleichstellungsgesetz soll die tatsächliche Gleichstellung von Frauen und Männern im öffentlichen Dienst des Bundes entscheidend voranbringen. Zugleich wurden damit die Regelungen des bis dahin geltenden Frauenförderungsgesetzes verbessert und konkretisiert. So sieht das Bundesgleichstellungsgesetz insbesondere vor, Frauen bei gleicher Qualifikation gegebenenfalls bevorzugt zu berücksichtigen und den Frauenanteil bei einem Stellenabbau zu erhalten. Soweit dienstliche Belange dem nicht entgegenstehen, sollen flexible Arbeitszeiten und sonstige Rahmenbedingungen Frauen und Männern die Vereinbarkeit von Erwerbstätigkeit und Familie erleichtern. Bei allen Regelungen wird den besonderen Belangen behinderter und von Behinderung bedrohter Frauen Rechnung getragen.

Auf der Grundlage des Bundesgleichstellungsgesetzes hatte das Statistische Bundesamt einen ersten Gleichstellungsplan für die Jahre 2004 bis 2007 erstellt. Die darin formulierten Ziele sind – beinahe ausnahmslos – erreicht worden.

Der zweite Gleichstellungsplan für die Jahre 2008 bis 2011 wird – wie sein Vorgänger – die im Bundesgleichstellungsgesetz vorgegebenen Ziele dienststellenbezogen in konkrete Maßnahmen umsetzen. Sonstige Benachteiligungsverbote oder Gebote der Gleichbehandlung werden davon nicht berührt. Für die Jahre 2010 und 2011 wurde der Gleichstellungsplan überarbeitet und an aktuelle Entwicklungen angepasst.

Der Gleichstellungsplan geht von einer Beschreibung und Bewertung der Situation der Frauen im Statistischen Bundesamt aus, zeigt Ungleichheiten im beruflichen Fortkommen von Männern und Frauen auf und liefert Vorgaben zu deren Beseitigung.

Der Gleichstellungsplan ist zentrales Instrument einer auf Chancengleichheit von Frauen und Männern gerichteten Personal- und Organisationsentwicklung des Statistischen Bundesamtes.

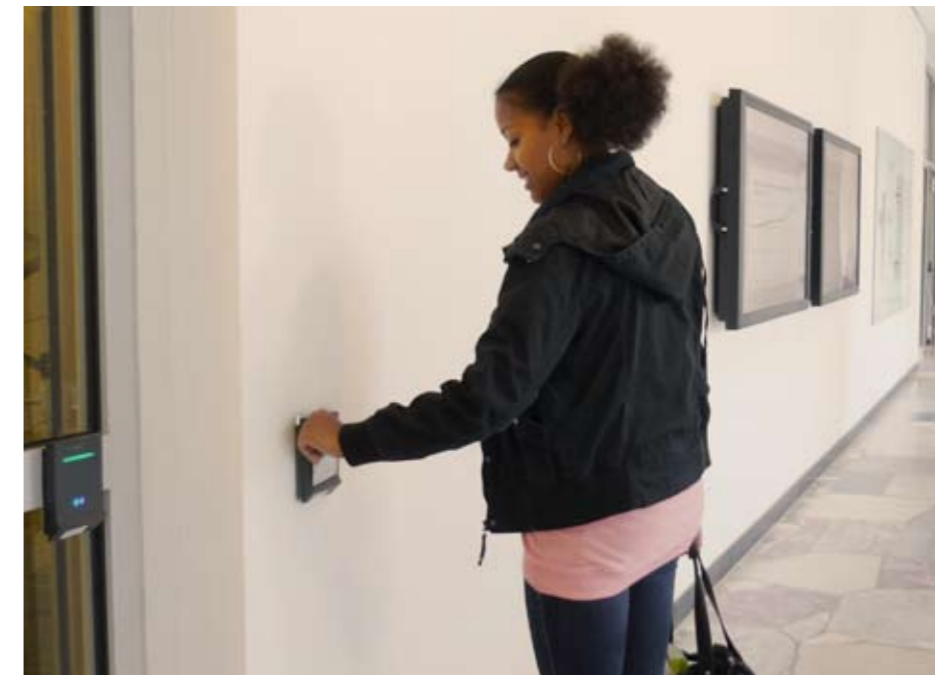
Einführung des elektronischen Dienstausweises

Der elektronische Dienstausweis ist eine für alle Bundesbehörden einheitlich gestaltete fälschungssichere Ausweiskarte im Chipkartenformat, die im Statistischen Bundesamt den Papier-Dienstausweis und den bisherigen Hausausweis als Zeiterfassungs- und Zutrittskarte ersetzt. Darüber hinaus dient er im Zusammenhang mit der Implementierung elektronischer Schließzylinder als Berechtigungsausweis für den Zugang zu bestimmten Türen, Büroräumen, Sitzungsräumen oder Technikräumen.

Rechtliche Grundlage für die Einführung des neuen Dienstausweises war die Allgemeine Verwaltungsvorschrift zum elektronischen Dienstausweis vom 15. April 2008, die allerdings bisher noch keine Einführungspflicht vorsieht.

Die neuen Zeiterfassungs- und Zugangsterminals erforderten den Austausch der vorhandenen Hausausweise. Im Rahmen eines ausgiebigen „Fotoshootings“ wurden von allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in Wiesbaden, Bonn und Berlin biometrietaugliche Fotos erstellt und mit einem entsprechenden Produktionsauftrag an die Bundesdruckerei in Berlin weitergeleitet.

Noch nicht genutzt wird derzeit die Möglichkeit, den Ausweis auch als elektronische Signaturkarte zu verwenden.



Am Terminal
Als eine der ersten Behörden im Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern hat das Statistische Bundesamt im Frühjahr 2009 einen elektronischen Dienstausweis eingeführt.



Sanierung des Hauptgebäudes abgeschlossen

Im Frühjahr 2009 war der erste Abschnitt der Gesamtanierung geschafft: Nach dreieinhalb Jahren Bauzeit mit mehr als 100 beteiligten Baufirmen und 136 erteilten Bauaufträgen wurde am 16. April 2009 das Hauptgebäude am Gustav-Stresemann-Ring durch die Bauverwaltung wieder an das Statistische Bundesamt übergeben.

Innerhalb von sechs Wochen kehrten 1 313 Amtsangehörige in das moderne Dienstgebäude zurück. Mit ihnen zogen rund 1 500 PC-Arbeitsplätze und über 1 000 Telefonapparate um. Der Umzug war eine enorme logistische Leistung aller Beteiligten.

ZAHLEN, ZAHLEN, ZAHLEN

Sprinklerköpfe	8 623 Stück
Fassungsvermögen Löschwassertank für die Sprinkleranlage	250 000 Liter
Höhe des Hauptgebäudes	rund 50 Meter
Verlegte Teppichsockelleisten	17 250 Meter
Glasscheiben für die Glastrennwände	1 796 Stück
Installierte Sanitärobjekte	240 Stück
PCB-belastete Abbruchmasse	4 320 Tonnen
Verlegte Stromkabel	630 Kilometer
Gesamtlänge der neuen Bohrpfähle	2 500 Meter
Fläche der demontierten Fassadenverkleidung	5 230 Quadratmeter
Befüllung unter der hohlen Bodenplatte	30 Kubikmeter Beton
Zusätzlich verbauter Stahl	1 025 Tonnen
Anzahl der Fenster	1 070 Fenster- und 964 Glasbrüstungselemente
Teppichfläche	19 980 Quadratmeter
Kosten des ersten Bauabschnittes	rund 46 Millionen Euro
Schlaflose Nächte der Projektgruppe Sanierung	ungezählt

In einem zweiten Abschnitt sollen die Nebenbauteile des Dienstgebäudes in Wiesbaden saniert werden. Nach Vorlage aller Ergebnisse der durchgeführten Bestandsuntersuchungen wurde der genaue Umfang der Sanierungsmaßnahmen festgelegt. Derzeit ist vorgesehen, die Sanierung der Nebenbauteile im Sommer 2012 abzuschließen.

Der Haushalt des Statistischen Bundesamtes 2009

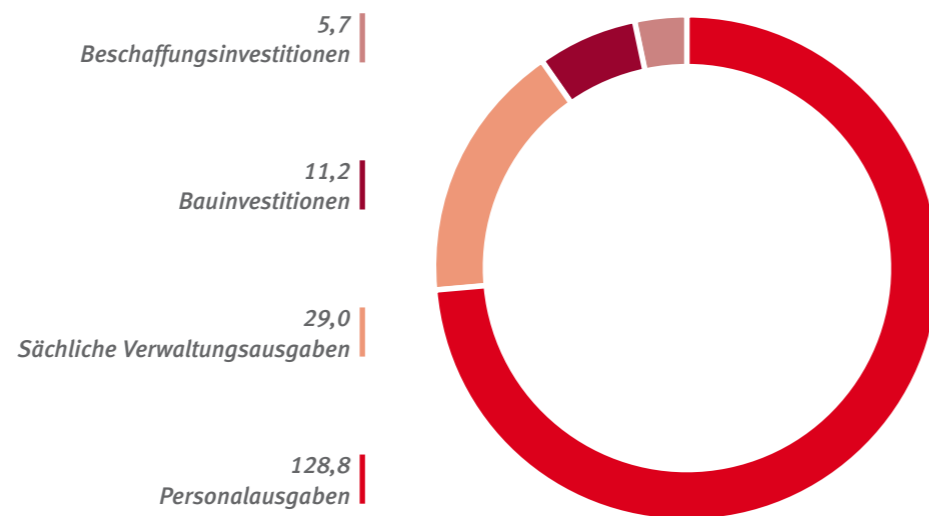
Der veranschlagte Haushalt (Haushalts-Soll) des Statistischen Bundesamtes belief sich im Jahr 2009 auf 174,7 Millionen Euro. Der Ansatz lag damit um rund 15 Millionen Euro höher als im Vorjahr, vor allem bedingt durch die aktuelle Tarif- und Besoldungserhöhung (rund 9,7 Millionen Euro) sowie das neue einheitliche Liegenschaftsmanagement (rund 5,2 Millionen Euro).

Wie bereits in den Jahren zuvor reduzierten politisch vorgegebene Einsparauflagen dieses Haushalts-Soll deutlich. Insgesamt waren 9,2 Millionen Euro einzusparen; dadurch verringerte sich das verfügbare Haushalts-Soll auf rund 165,5 Millionen Euro.

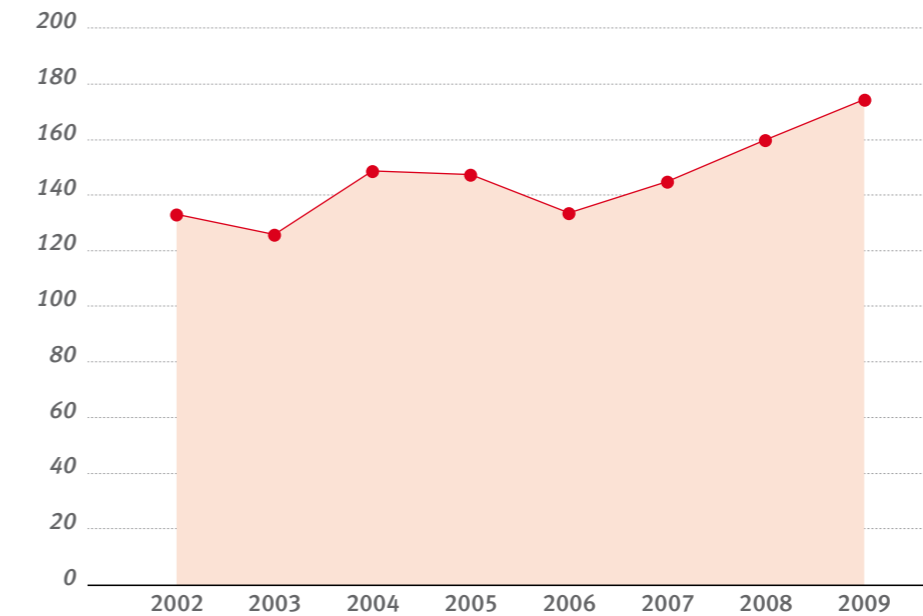
Produktion und Verbreitung von Statistiken bleiben auch bei zunehmendem Einsatz von Informationstechnik eine personalintensive Aufgabe. Der größte Ausgabenblock beim Statistischen Bundesamt sind daher traditionell die Personalausgaben.

Im Jahr 2009 entfielen 74 % der veranschlagten Ausgaben auf den Personalbereich. Wesentlich geringere Anteile wiesen die sächlichen Verwaltungsausgaben mit 17 % sowie die Bau- und Beschaffungsinvestitionen mit zusammen 9 % auf.

VERANSCHLAGTE AUSGABEN DES STATISTISCHEN BUNDESAMTES 2009 IN MILLIONEN EURO



VERANSCHLAGTER HAUSHALT DES STATISTISCHEN BUNDESAMTES IN MILLIONEN EURO



Die Leitung des Statistischen Bundesamtes

 **RODERICH EGELER**
Präsident und Bundeswahlleiter

 **JÜRGEN CHLUMSKY**
Verwaltung, Bürokratiekostenmessung

 **SIBYLLE VON OPPELN-BRONIKOWSKI**
Strategie und Planung, internationale Beziehungen,
Forschung und Kommunikation

 **DIETER SARREITHER**
Informationstechnik, Mathematisch-statistische Methoden

 **WOLFGANG STROHM**
Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Arbeitsmarkt, Preise




 **PETER WEIGL**
Vizepräsident, stellvertretender Bundeswahlleiter

 **DR. ROLAND GNOSS**
Unternehmensregister, Verdienste, Industrie,
Dienstleistungen

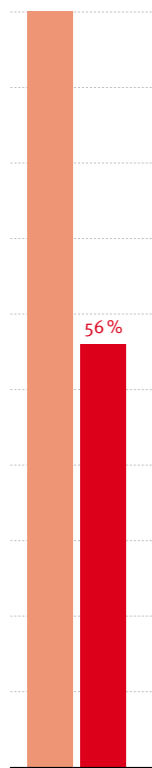
 **DR. SABINE BECHTOLD**
Zensus, Bevölkerung, Finanzen und Steuern

 **HANNELORE PÖSCHL**
Landwirtschaft, Umwelt, Außenhandel,
Leitung der Zweigstelle Bonn

 **KARL MÜLLER**
Gesundheit, Soziales, Bildung, Private Haushalte

Das Statistische Bundesamt auf einen Blick

Frauenanteil unter den Beschäftigten

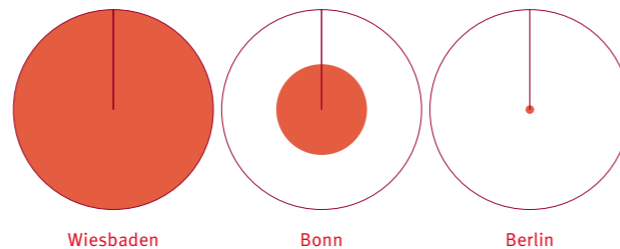
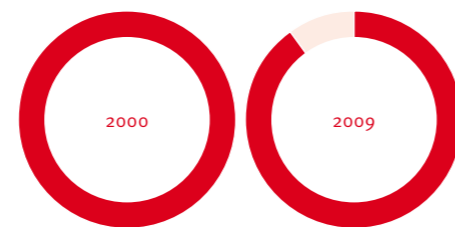


Über uns

UNSERE WICHTIGSTEN KENNZEICHEN

- › Rund 2700 Statistiker, davon 56% Frauen.
- › Wir steigern die Effizienz: Die gegenüber dem Jahr 2000 gewachsenen Aufgaben erfüllen wir mit fast einem Zehntel weniger Mitarbeitern.
- › Eine zielgerichtete Fortbildung unserer Beschäftigten ist Bestandteil unserer Personalentwicklung.
- › Wir arbeiten an den Standorten Wiesbaden (Hauptsitz), Bonn (Zweigstelle) und Berlin (i-Punkt Berlin).

Effizienzsteigerung



Aufgaben

UNSERE WICHTIGSTEN AUFGABEN UND DIENSTLEISTUNGEN

- › Wir produzieren zusammen mit den 14 Statistischen Landesämtern Statistiken zu Wirtschaft, Gesellschaft und Umwelt.
- › Wir versorgen durch eine aktive Öffentlichkeits- und Pressearbeit Allgemeinheit und Medien mit statistischen Informationen.
- › Wir bieten Informationsangebote für alle, über unsere Presse- und Auskunftsdienste, die Webseite www.destatis.de und verschiedene Online-Datenbanken.
- › Den empirischen Wissenschaften in Deutschland bietet die amtliche Statistik über das Forschungsdatenzentrum des Statistischen Bundesamtes und das Forschungsdatenzentrum der Statistischen Landesämter Zugang zu anonymisierten Mikrodaten der amtlichen Statistik.
- › Wir beraten und unterstützen Auskunftgebende und Nutzer der amtlichen Statistik.
- › Wir leisten Methodenforschung, Politikberatung und führen Datenanalysen durch.

→ www.destatis.de

Basis

UNSERE RAHMENBEDINGUNGEN

- › Wir nutzen modernste Informationstechnologie und leisten durch unsere internetbasierten Dienstleistungen und Innovationen einen wichtigen Beitrag zum eGovernment des Bundes.
- › Wir beteiligen uns aktiv an der Weiterentwicklung des Europäischen Statistischen Systems und an der internationalen Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Statistik.
- › Im Jahr 2009 standen uns aus dem Bundeshaushalt rund 165,5 Millionen Euro zur Verfügung.

Impressum

INFORMATIONEN UND ADRESSEN

Statistisches Bundesamt
65180 Wiesbaden

Statistisches Bundesamt
Gustav-Stresemann-Ring 11
65189 Wiesbaden
Telefon: +49 (0) 611 / 75 1
Telefax: +49 (0) 611 / 75 40 00
www.destatis.de

Allgemeiner Informationsservice
Telefon: +49 (0) 611 / 75 24 05
Telefax: +49 (0) 611 / 75 33 30
Mo bis Do 8 bis 17 Uhr und
Fr 8 bis 15 Uhr
www.destatis.de/kontakt

Pressestelle und journalistischer
Informationsservice
Telefon: +49 (0) 611 / 75 34 44
Telefax: +49 (0) 611 / 75 39 76
Mo bis Do 8 bis 17 Uhr und
Fr 8 bis 15 Uhr
presse@destatis.de
Veröffentlichungskalender der
Pressestelle
www.destatis.de/presse/deutsch/
cal.htm

Statistisches Bundesamt
i-Punkt Berlin
Friedrichstrasse 50-55
(Checkpoint Charlie)
10117 Berlin

Telefon: +49 (0) 30 / 186 44 94 34
Telefax: +49 (0) 30 / 186 44 94 30
Mo bis Do 8 bis 17 Uhr und
Fr 8 bis 15 Uhr

i-punkt@destatis.de
eds@destatis.de
www.eds-destatis.de

Statistisches Bundesamt
Zweigstelle Bonn
Graurheindorfer Strasse 198
53177 Bonn
Telefon: +49 (0) 611 / 75 1
Telefax: +49 (0) 228 / 996 43 89 90
oder +49 (0) 228 / 996 43 89 91

IMPRESSUM JAHRES- BERICHT 2009

Herausgeber:
Statistisches Bundesamt
Wiesbaden

Redaktion:
Ute Oechsner
ute.oechsner@destatis.de
Telefon: +49 (0) 611 / 75 23 70
Telefax: +49 (0) 611 / 75 40 00

Konzept und Gestaltung:
KonzeptQuartier® GmbH
Melli-Beese-Straße 19
90768 Fürth

Erschienen im Mai 2010
Bestellnummer: 0000016-09700-1

© Statistisches Bundesamt,
Wiesbaden 2010

Vervielfältigung und Verbreitung,
auch auszugsweise, mit Quellen-
angabe gestattet.

BILDRECHTENACHWEIS JAHRESBERICHT 2009

Umschlag
© Statistisches Bundesamt

Seite 03, 06, 14, 17, 18, 20, 22, 24,
25, 26, 28, 30, 32, 34, 37, 38, 45,
46, 50, 53, 57, 58, 60, 61, 68, 71,
76, 80, 83, 84, 86, 91, 94, 97, 98,
102, 103
© Statistisches Bundesamt

Seite 41, 49
© Veer Incorporated /
The World from Above

Seite 65
© panthermedia.net /
Alexandra Buss

Seite 66
© istock Photo / Jamie VanBuskirk

Seite 72, 73
© OJO Images / Conceptual Patterns

Seite 78
© Fancy by Veer / Workplace Play

Seite 89
© NLPhotos / Fotolia.com

